



Deutsch-Israelische Sportbeziehungen  
100 Jahre Balfour-Deklaration  
Antisemitismus in der islamischen Welt

# Impressum

## Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.  
Präsident: Hellmut Königshaus  
Bundesgeschäftsstelle  
Littenstraße 105  
10179 Berlin  
T 030 / 80907028  
info@digev.de  
www.digev.de  
Registergericht:  
Amtsgericht Charlottenburg  
Registernummer: VR 4075 B

## Redaktion

Hellmut Königshaus (V.i.S.d.P.), Bärbel Metz, Jürgen Sterzenbach, Daniel Killy, Claudia Korenke, Maya Zehden

## Konzept und Gestaltung

SINNDDESIGN  
Jürgen Sterzenbach  
Hardtblick 5  
51429 Bergisch Gladbach  
T 02204 / 205443  
mail@sinnndesign.de

## Layout und Satz

rheinsatz Hanno Elbert  
Bonner Straße 272  
50968 Köln  
T 0221 / 9348339  
email@rheinsatz.de

## Titelbild

Das deutsche Team der Makkabiah 2017 vor seiner Unternehmung in Haifa.  
Foto: Rafael Herlich

## Druck und Verarbeitung

Tannhäuser Media GmbH  
Büttgenbachstraße 7  
40549 Düsseldorf  
T 0211 / 5048888  
kontakt@tannhaeuser-druck.de

## Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des DIG Magazins ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

## Bankverbindung

Berliner Sparkasse  
IBAN: DE84 1005 0000 1010 0091 99  
BIC: BELA2333

Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

# Inhalt

## Nachruf

5 | Helmut Kohl

## Hauptversammlung

6 | Einladung zur 38. ordentlichen Hauptversammlung 2017

## Aktuell

7 | Seit August neu im Amt

7 | Opfer des Berliner Terroranschlags in Israel besucht

8 | Olympia-Gedenkstätte eingeweiht

9 | Frankfurt gibt BDS keinen Raum

9 | Zu Fragen der Aufnahme von Mitgliedern in die DIG

10 | Bürgerfest des Bundespräsidenten

## Sportbeziehungen

12 | *Alon Meyer*  
20. Makkabiah – Jüdisches Sommermärchen

14 | *Prof. Dr. Manfred Lämmer*  
Deutsch-israelische Sportbeziehungen

## Statement

17 | 6 Tage, die die Welt veränderten

## Historische Jubiläen

18 | *Martin Rübke*  
100 Jahre Balfour-Deklaration – der erste Schritt zum Staate Israel

21 | *Martin Rübke*  
70 Jahre UN-Teilungsplan – ein Traum wird Wirklichkeit

## Arabische Zionisten

24 | *Maxine Bacanji*  
»Wir leben im Paradies«

## Arbeitsgemeinschaften

35 | *Baden-Baden*  
Neuer Vorstand gewählt

35 | *Berlin-Brandenburg e.V.*  
Sommerempfang im Grunewald

36 | *Bremen/Unterweser e.V.*  
Das Israel Trauma & Resiliency Center NATAL

37 | *Chemnitz* Delegation aus Kiryat Bialik besuchte Chemnitz

## Antisemitismus

26 | *Carmen Shamsianpur*  
Antisemitismus in der islamischen Welt

## Jugendaustausch

28 | *Jürgen Sterzenbach*  
Jugendbegegnungen zwischen Waisen und Halbwaisen

## Interreligiöses Projekt

30 | *Andrea Fußstetter*  
Drei Religionen unter einem Dach

## Israel in den Medien

32 | *Alex Feuerherdt*  
Das Problem heißt Antisemitismus

## Premiere

41 | Koscherer Wein

## Kulturelle Brücken

42 | Deutschsprachige Medien in Israel

## Film

44 | Wir sind Juden aus Breslau

## Poesie

45 | »It's like breathing« – Diti Ronen

## Bücher

46 | Rafael Seligmann: Deutsch meschugge

48 | Markus Mohr [Hrsg.]: Das Geiseldrama von Entebbe; Shelley Harten: Reenactment eines Traumas

50 | Stephan Grigat [Hrsg.]: AfD & FPÖ

## Adressen

51 | Die DIG vor Ort

38 | *Hamburg* Austauschprogramm zwischen Hamburg und Israel

39 | *Köln* Kess, frech und kampagnenfreudig

39 | *Magdeburg* Gerhard Miesterfeldt bleibt Vorsitzender

40 | *Region Stuttgart e.V.* Ein Bollwerk des Antisemitismus

## Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde Israels,

Ich hoffe, Sie hatten einen schönen Sommer, trotz des meist nicht besonders sommerlichen Wetters. Wer weiß, vielleicht tatsächlich schon die Folgen des Klimawandels? Die Veränderungen im politischen Klima sind dagegen schon jetzt schmerzlich zu spüren. Man schaue nur in die USA, wo der Präsident auf vielen Politikfeldern eine neue, wohl nicht zu besserer Zusammenarbeit mit dem Rest der Welt führende Richtung eingeschlagen hat. Oder in die Türkei, wo der dortige Präsident mehr Geschrei und Provokation produziert als irgendwo sonst, Nordkorea einmal ausgenommen.

Da sieht es in Israel anders, besser aus. Natürlich kann man auch dort das eine oder andere kritisieren. Ich hatte im letzten DIG-Magazin insbesondere das »Legalisierungsgesetz« angesprochen und die Überzeugung geäußert, dass auch in diesem Fall das Oberste Gericht die Prinzipien des Rechts auch gegen eine Mehrheit in der Knesset durchsetzen werde. Genau das ist nun geschehen. Das zeigt deutlich den Unterschied zu anderen Staaten in der Region, wo Unabhängigkeit und Prinzipientreue der Justiz nicht in gleichem Maße zu erkennen sind. In vielen Ländern sind Richter und Staatsanwälte abhängige Marionetten der Herrschenden, in Israel, wo auch Vergehen selbst hochrangiger Politiker verfolgt und bestraft werden, ist dies eben anders.

In unserer DIG haben sich die aufgeregten Diskussionen über die strukturellen Veränderungen, insbesondere die Gründung der regionalen »DIG-Vereine« in Augsburg, Berlin, Bremen und Stuttgart gelegt. Nicht alle Mitglieder der bisherigen Arbeitsgemeinschaften sind den jeweiligen Vereinen beigetreten, für sie wurden Regelungen geschaffen, damit sie dennoch weiterhin aktiv mitwirken können. Auch die Vertretung dieser Mitglieder, also insbesondere ihr aktives und passives Wahlrecht, sind gewährleistet. Dennoch hat es natürlich in Einzelfällen Missverständnisse gegeben, insbesondere durch zeitliche Überschneidungen, wenn der Eintritt in einen der Vereine der Bundesgeschäftsstelle noch nicht mitgeteilt worden war. Ich bitte Sie alle um Nachsicht, wenn Sie davon betroffen waren, aber in Zeiten des Umbruchs ist so etwas nicht immer vermeidbar.

Unsere Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle haben in den letzten Monaten Großes geleistet. Bei der Abarbeitung der Auflagen des Zuwendungsgebers und der Aufsichtsbehörden sind wir dank ihrer guten Vorarbeit bei den Prüfterminen gut vorangekommen. Dennoch mussten wir jetzt nach einer Tiefenprüfung des Betriebsfinanzamtes eine Steuernachforderung in Höhe von 27.000 Euro verbuchen, Geld, das uns natürlich an anderer Stelle fehlt. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir alle künftig penibel die uns gegebenen Vorgaben beachten.



**Hellmut Königshaus**

*Foto: Frank Ossenbrink*

Das Finanzamt hat angemerkt, dass ungeachtet der Beanstandungen für die Jahre 2013 bis 2015 von einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit (nur) abgesehen werden konnte, weil vom Präsidium geeignete Maßnahmen getroffen worden seien, um solche Beanstandungen künftig zu vermeiden. Dies alles hat viel Zeit gekostet, und ich bin unserem Team in der Geschäftsstelle sehr dankbar, das neben den Umstrukturierungen und Veränderungen in den Verwaltungsabläufen die laufende Arbeit so gut bewältigt hat. Sie mussten so manche leichthin geäußerte Kritik ertragen, obwohl sie weit mehr als ihre Pflicht taten. Wir wollen hoffen, dass die Zukunft weniger Stress und Herausforderungen bereithält.

Zunächst steht uns mit dem Jubiläumsjahr »70 Jahre Israel« wieder eine große, aber auch schöne Aufgabe ins Haus. Welche Mittel uns dafür zur Verfügung stehen, kann noch nicht genau beziffert werden. Jedoch ist die Bereitschaft des Auswärtigen Amtes spürbar, uns eine sichere Perspektive für geplante Projekte zu geben, obwohl aufgrund der Bundestagswahl der Bundeshaushalt 2018, von dem dies letztlich abhängt, wohl erst zu Beginn des neuen Jahres beschlossen sein wird.

Am 12. November 2017 werden wir auf unserer Jahreshauptversammlung im Kongresshaus Baden-Baden ein neues Präsidium wählen. Ich möchte an dieser Stelle bereits jetzt allen Mitgliedern des derzeitigen Präsidiums und dem Schatzmeister für die intensive Arbeit zum Wohl unserer DIG sehr herzlich danken. Aber dieser Dank gilt natürlich in gleicher Weise allen Mitgliedern »vor Ort«, in den Arbeitsgemeinschaften, den Vereinen unter dem Dach unserer DIG und natürlich den bundesunmittelbaren Mitgliedern. Denn nicht die Bundesorganisation, sondern die Untergliederungen sind es, die die Hauptlast unserer vielfältigen Aktivitäten tragen. Ich bin sicher, dies wird auch im kommenden Jahr so bleiben.



**Kongresshaus Baden-Baden**

*Foto: Baden-Baden Kur- und Tourismus GmbH*

Abschließend möchte ich dem bisherigen Botschafter Israels, Yakov Hadas-Handelsmann, für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken. Er hat mehr als fünf Jahre für die deutsch-israelischen Beziehungen gewirkt, mit klaren, gelegentlich schmerzlichen, aber meist anerkennenden Anmerkungen zur deutschen Nahost-Politik, aber auch immer wieder mit ermutigenden Worten in Richtung unserer Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Wir wünschen ihm, der nun nach Israel zurückkehrt, für seinen weiteren Lebensweg alles Gute. Zugleich freuen wir uns auf seinen Nachfolger Jeremy Issacharoff, der als einer der Top-Diplomaten Israels gilt. Ihm gilt unser herzlicher Willkommensgruß.

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "h. Königshaus".

**Hellmut Königshaus**

**Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft**

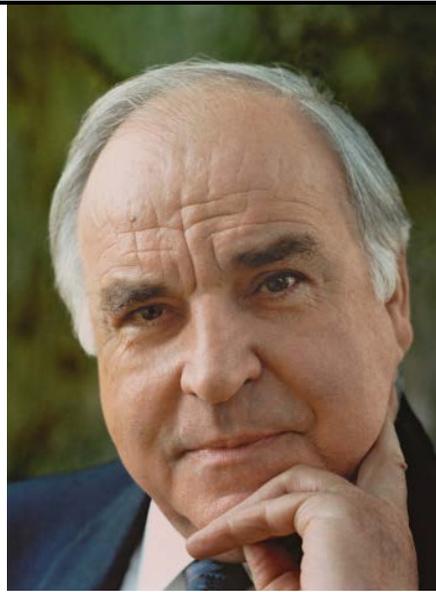


Foto: Konrad R. Müller / bpa

## Helmut Kohl und Israel: Eine belastbare Freundschaft

Am 16. Juni 2017 verstarb Helmut Kohl im Alter von 87 Jahren. Persönlichkeiten aus aller Welt würdigten ihn als Vater der deutschen Wiedervereinigung und als Wegbereiter der Europäischen Union. In einem Trauerakt in Straßburg spürte man den Pulsschlag der Geschichte, als sich Europa, ja die Welt von ihm verabschiedete. Auch Benjamin Netanjahu war dabei. Er erklärte: »Helmut Kohl war einer der größten Freunde des Staates Israel und der Sicherheit des jüdischen Staates vollkommen verpflichtet.«

Dabei gab es zu Beginn seiner Kanzlerschaft mehrere Friktionen. So wurde ihm beim Staatsbesuch in Israel im Januar 1984 das Wort von der »Gnade der späten Geburt« ebenso verübelt wie sein Besuch mit US-Präsident Reagan ein Jahr später auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg.

»Ein Jahrzehnt später machte Kohl alles richtig, als er zum 2. Mal ... nach Israel reiste.« (Jüd. Allgemeine vom 1.8.2013)  
Ich war während seiner Kanzlerschaft Israel-Beauftragter der CDU/CSU-Fraktion. Kohl suchte immer wieder das Gespräch, um Fragen der Wiedergutmachung, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Zusammenarbeit sowie der Assoziierung Israels an die EU zu besprechen. Er stand zu 100 Prozent an der Seite Israels, allerdings reagierte er allergisch, wenn er öffentlich zu bestimmten Entscheidungen gedrängt wurde. Seine positive Einstellung zu Israel verdankte er zwei Einflüssen: Er war von seiner frommen Mutter, die in der NS-Zeit noch nach den

Boykottaufrufen in jüdischen Geschäften einkaufte, zur Achtung gegenüber dem Judentum erzogen worden. Politisch folgte er Konrad Adenauer, der 1951 im Deutschen Bundestag aus moralischen und historischen Gründen die Aussöhnung Deutschlands mit Frankreich, Polen und Israel gefordert hatte.

»Durch frühe Lebenserfahrung hatte Helmut Kohl ein feines, instinktives Gespür für Probleme von Minderheiten entwickelt, vor allem für die der jüdischen. Und gleich Konrad Adenauer hat er es verstanden, auch gegen Widerstände und Zeitgeistströmungen, sich ihrer anzunehmen.« (Salomon Korn)

**Dr. h.c. Johannes Gerster,**  
DIG-Ehrenpräsident  
Mainz, 21. Juli 2017

# Einladung zur 38. ordentlichen Hauptversammlung 2017

Liebe Mitglieder,

das Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. lädt Sie zur 38. ordentlichen Hauptversammlung 2017 ein.

Die Hauptversammlung findet statt:

am **Samstag, 11. November 2017** von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

am **Sonntag, 12. November 2017** von 09:00 Uhr bis 16:00 Uhr

im **Kongresshaus Baden-Baden**, Augustaplatz 10, 76530 Baden-Baden

Stimmberechtigt auf dieser Hauptversammlung sind die von den Arbeitsgemeinschaften gewählten Delegierten. Delegierte sind von den Arbeitsgemeinschaften spätestens 5 Tage vor der Hauptversammlung in der Bundesgeschäftsstelle unter Vorlage des Protokollauszuges der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft anzumelden.

Sollten Sie als Gast an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, melden Sie sich bitte in der Bundesgeschäftsstelle an.

## Das Präsidium schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Eröffnung Begrüßung durch den Präsidenten
2. Begrüßung durch die AG-Vorsitzende AG Baden-Baden  
Barbara Hoffs
3. Grußworte
4. Feststellung der satzungsgemäßen Ladung
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Genehmigung des Protokolls der ordentlichen Hauptversammlung vom 18.09.2016
7. Regularien:
  - Wahl einer Tagungsleitung
  - Wahl einer Mandatsprüfungskommission
  - Wahl einer Antragskommission
8. Berichte
  - 8.1 Tätigkeitsbericht des Präsidiums/Bericht des Präsidenten
  - 8.2 Bericht des Schatzmeisters
  - 8.3 Bericht der Rechnungsprüfer
  - 8.4 Bericht des Jungen Forums
9. Aussprache
10. Entlastung des Präsidiums für das Jahr 2016
11. Neuwahl des Präsidiums und der Rechnungsprüfer
12. Anträge
  - 12.1 Baden-Badener Erklärung
13. Verschiedenes

In Augsburg, Berlin, Bremen und Stuttgart haben sich die örtlichen Arbeitsgemeinschaften der DIG als rechtlich selbstständige Vereine konstituiert, wie dies die neue in Düsseldorf verabschiedete Satzung als Möglichkeit eröffnet hat. Die früheren Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften mussten nach Vereinsrecht persönlich den zusätzlichen Beitritt zum selbständigen Verein erklären. Das haben an allen vier Orten nicht alle Mitglieder gemacht, so dass es Mitglieder gibt, die nur und direkt Mitglieder des Gesamtverbandes DIG e.V. sind.

Damit auch diese Mitglieder ihre Rechte nach § 4 Abs. 5 und 6 der Satzung wahrnehmen können, hat das Präsidium sie im Sommer darüber informiert, dass sie sich als Delegierte dieser Mitgliedergruppe für die Hauptversammlung in Baden-Baden bewerben können. Innerhalb der gesetzten Frist haben sich Hellmut Königshaus, Burghard Mannhöfer, Gerd Tebbe und Rolf Zscharschuch, beworben. Da bei vier Bewerbungen elf Delegiertenplätze zur Verfügung stehen, hat das Präsidium beschlossen, diese Bewerber in einer »Friedenswahl« als gewählt zu betrachten; sie werden als stimmberechtigte Delegierte an der Hauptversammlung am 11./12. November teilnehmen.

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie setzt sich gemäß § 9 Abs. 1 folgendermaßen zusammen:

- (1) Jede anerkannte Arbeitsgemeinschaft wird unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder durch mindestens einen Delegierten vertreten.
- (2) Je angefangene 50 Mitglieder entsendet die Arbeitsgemeinschaft einen weiteren Delegierten. Für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist die Entrichtung des satzungsgemäß festgelegten Beitrags maßgeblich.
- Die Arbeitsgemeinschaften können über die vorgenannte Anzahl von Delegierten hinaus Ersatzdelegierte wählen. Ist ein Delegierter an der Teilnahme verhindert, rückt der Ersatzdelegierte mit der höchsten Stimmenzahl an seine Stelle.
- (3) Das Junge Forum der DIG (§ 15) kann bis zu drei Delegierte in die Hauptversammlung entsenden.
- (4) Einzelmitglieder, die keiner Arbeitsgemeinschaft angehören, haben das Recht, mit aktivem und passivem Wahlrecht an den Delegierten-Wahlversammlungen der verkehrsmäßig am günstigsten zu erreichenden Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.
- (5) Korporative Mitglieder haben das Recht, durch einen Bevollmächtigten oder gesetzlichen Vertreter an den Delegierten-Wahlversammlungen der für sie zuständigen Arbeitsgemeinschaft mit aktivem und passivem Wahlrecht teilzunehmen.

## Seit August neu im Amt

Stabwechsel in der israelischen Botschaft Berlin und im israelischen Generalkonsulat München: Am 29. August 2017 erhielt Jeremy Issacharoff, Israels neuer Botschafter in Deutschland, seine Akkreditie-

rung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue. Bereits Mitte August trat Sandra Simovich als neue Leiterin des Generalkonsulats des Staates Israel in München ihr Amt an.

Jeremy Issacharoff wurde 1955 in London geboren und ist seit 1982 im diplomatischen Dienst des jüdischen Staates. Er war politischer Berater bei den Vereinten Nationen, zuletzt als Mitglied des UN-Beraterausschusses für Abrüstungsfragen. Von 2005 bis 2009 war er Stellvertretender Leiter der israelischen Botschaft in den USA, seit 2010 war er im Außenministerium in Jerusalem tätig, von 2014 bis 2017 als stellvertretender Generaldirektor.

Als erste Amtshandlung in Berlin legte er im Gedenken an die Opfer der Schoa am Mahnmal Gleis 17 des Bahnhofes Berlin-Grunewald einen Kranz nieder. »Ich spüre die Last der Geschichte auf meinen Schultern, heute, da ich mein Amt als Botschafter des Staates Israel in einem Deutschland antrete, das so anders ist als jenes der Vergangenheit. Die Erinnerung an die Schoa wird das israelische und das deutsche Volk für immer aneinander binden, doch das Leid der Vergangenheit

**Israels neuer Botschafter Jeremy Issacharoff und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Akkreditierung am 29. August 2017.**

*Foto: Henning Schacht / bpa*



**Sandra Simovich, Israels neue Generalkonsulin in München.**

*Foto: Generalkonsulat des Staates Israel, MFA*

darf die Zukunft nicht bestimmen. Wir tragen die Verantwortung dafür, sowohl an die schicksalhafte Vergangenheit zu erinnern als auch gemeinsam für ein dynamisches und besseres Schicksal für unsere Kinder zu arbeiten,« so Jeremy Issacharoff.

Die israelische Botschaft in der Hauptstadt Berlin war von 2012 bis 2014 auch der Arbeitsplatz von Sandra Simovich. Sie war dort als politische Beraterin tätig und wird in ihrem neuen Aufgabengebiet nun die Gelegenheit haben, München und den südlichen Teil Deutschlands intensiv kennenzulernen. Als israelische Generalkonsulin ist sie für die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland zuständig.

## Opfer des Berliner Terroranschlags in Israel besucht

Rami Elyakim überlebte schwer verletzt den Anschlag am 19. Dezember 2016 auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche, seine Frau Dalia wurde durch den Anschlag getötet. Bereits kurz nach dem Anschlag besuchte Christian Lange, Parlamentarischer Staatssekretär und Vizepräsident der Deutsch-Israelische Gesellschaft, das Opfer in einem Berliner Krankenhaus und sprach mit Rami und seinen beiden Kindern, die sofort nach dem Anschlag aus Israel nach Berlin flogen. »Seit dem Anschlag stehe ich in Kontakt mit der Familie Elyakim aus Israel. Daher war es für mich selbstverständlich, dass ich bei meinem nächsten Israelaufenthalt Rami und seine Familie besuche. Es ist unfassbar, wie viel Leid der Terroranschlag verursacht hat. Ich hoffe, dass es Rami bald wieder besser geht,« so Lange.

**Christian Lange (links) zusammen mit Rami Elyakim (Mitte) und dessen Schwager**



## Olympia-Gedenkstätte in München eingeweiht

Eine Gedenkstätte für die Opfer des palästinensischen Terroranschlags bei der Olympiade 1972 wurde am 6. September 2017 in München eingeweiht. Anwesend waren der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer und zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten. Auch Familienangehörige der elf israelischen Sportler, die bei dem Anschlag ermordet wurden, nahmen an der Zeremonie

teil. Außer den elf Israelis kam bei dem Attentat auch ein deutscher Polizist ums Leben. Die neue Erinnerungsstätte zeigt die Lebensläufe der 12 Opfer und einen 30-minütigen Film über das Massaker an den Sportlern.

»Heute gedenken wir der Opfer und stehen an der Seite ihrer Angehörigen. Mit der Eröffnung des Erinnerungsortes setzen wir ein lebendiges Zeichen des Zusammenhalts. Im Erinnern überneh-

men wir Verantwortung – Verantwortung für eine Gegenwart und Zukunft, in der die Freundschaft zwischen unseren Völkern weiter wächst. Die starke und unverbrüchliche Freundschaft mit Israel gehört zur bayerischen Staatsräson. Unsere jüdischen Mitbürger und Gäste aus Israel sollen sich in unserem Land sicher und zuhause fühlen. Auch für dieses Versprechen steht der Erinnerungsort,« so Horst Seehofer in seiner Ansprache. Für die Familienangehörigen sprach Ilana Romano, Witwe des israelischen Gewichthebers Josef Romano, einem der Opfer der Terroristen des »Schwarzen Septembers«. Sie bedankte sich im Namen der Hinterbliebenen für den Erinnerungsort.

Besonders stark gemacht für die Gedenkstätte hat sich Ankie Spitzer, die Witwe des Trainers der israelischen Fechtmannschaft, der im Alter von 27 Jahren ermordet wurde. Jahrzehntelang stieß sie jedoch mit ihrem Anliegen in Deutschland auf Granit. »Mit den alten Behörden hatten wir keine Aussicht auf eine Erinnerungsstätte. Zum Glück haben wir es jetzt mit einer neuen Generation zu tun, die nicht mehr belastet ist. Ich traf Horst Seehofer 2012 in London. Er versprach mir, die Archive öffnen zu lassen und eine Gedenkstätte zu errichten. Er hat Wort gehalten. Wir sind sehr glücklich, dass es endlich diese Gedenkstätte im Olympischen Dorf gibt,« so Ankie Spitzer.



Die Angehörige des Terror-Opfers Moshe Weinberg enthüllt eine Stele am Erinnerungsort für das Olympia-Attentat 1972 in München, im Hintergrund: Elke Bűdenbender, Nechama Rivlin, der israelische Präsident Reuven Rivlin, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer und Karin Seehofer.

Foto: Guido Bergmann / bpa

## Christian Lange besuchte das Atlit Camp

Der Parlamentarische Staatssekretär und Vizepräsident der Deutsch-Israelische Gesellschaft hat im Rahmen einer Delegationsreise das »Atlit Detainee Camp« besucht. Das Camp wurde in den 1930er Jahren von den Briten errichtet, um jüdische Flüchtlinge vor allem aus Europa, die in das Britische Mandatsgebiet flohen, zu internieren. Zehntausende Juden, darunter unzählige Überlebende des Holocausts, waren in dem Camp interniert. »Obwohl ich schon sehr oft in Israel war, kannte ich Atlit und dessen Geschichte nicht. Es ist eine verstörende Vorstellung, was diese Internierung gerade für die Überlebenden der Konzen-

trationslager bedeutet haben muss. Ein Besuch des Atlit Detainee Camp kann ich nur sehr empfehlen: die Ausstellung ist sehr interessant gestaltet und man kann auch historische Gebäude besichtigen. Die Geschichte des Atlit Detainee Camp macht wieder einmal deutlich, wie wichtig die Existenz des jüdischen Staates Israels ist,« so Lange.

**Christian Lange zusammen mit  
Tour Guide Rinat Blum aus Haifa.  
Weitere Informationen über das Camp:  
<http://eng.shimur.org/Atlit/>**



## Stadt Frankfurt gibt BDS keinen Raum

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat am 25. August 2017 die Vorlage von Bürgermeister Uwe Becker für ein entschiedenes Vorgehen gegen die antisemitische BDS-Bewegung in Frankfurt beschlossen. Seit über zehn Jahren versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions) den Staat Israel international zu isolieren und ruft in vielen Ländern zu Boykottmaßnahmen auf. »Es geht im Kern der BDS-Bewegung um die Delegitimierung des Staates Israel, zu deren Zweck Boykott und Diffamierung als Mittel eingesetzt werden. Von selbst-ernannter »Kaufhauspolizei«, die israelische Waren in Geschäften brandmarkt und damit auch Händler einschüchtert, über die Einschüchterung von Künstlern, die in Israel auftreten oder dies möchten, bis hin zur Störung von Veranstaltungen reichen weltweit die verschiedensten BDS-Aktivitäten. Die BDS-Bewegung nutzt mit ihren Botschaften die gleiche Sprache, die einst Nationalsozialisten gebrauchten, um auszudrücken: »Kauft nicht bei Juden!«. Die BDS-Kampagne wählt mit ihrer tief in das Fundament der

Legitimation des jüdischen Staates reichenden Kritik an Israel den Umweg über den Antizionismus, um beim Antisemitismus anzukommen. Die BDS-Bewegung ist damit eine zutiefst antisemitische Bewegung und soll in der Stadt Frankfurt am Main keinen Raum haben«, erklärte Bürgermeister Uwe Becker.

Nach Beschluss des Magistrats sollen in Frankfurt am Main keinerlei städtische Räumlichkeiten und Räume von städtischen Gesellschaften für BDS-Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig appellierte der Magistrat an private Vermieter in der Stadt, ebenso zu verfahren. Außerdem sollen Vereinen oder Organisationen, die die antisemitischen Aktivitäten von BDS unterstützen, Zuschüsse verwehrt werden. »Die Stadt Frankfurt am Main besitzt eine große jüdische Tradition. Sie verdankt in vielerlei Hinsicht ihre heutige Rolle und Bedeutung als Stadt der Kultur, der Wissenschaft und des Handels auch dem Wirken großer jüdischer Familien. Frankfurt am Main pflegt zudem mit

seiner Partnerschaft zu Tel Aviv eine besondere Nähe zu Israel und hat diese besondere Beziehung immer weiter ausgebaut. Umso mehr ist es Aufgabe und Verpflichtung der Stadt, engagiert gegen jeglichen Antisemitismus vorzugehen«, betonte Uwe Becker.



**Uwe Becker, Bürgermeister der Stadt Frankfurt/Main und stellvertretender Vorsitzender der örtlichen Arbeitsgemeinschaft, initiierte den Magistratsbeschluss gegen die antisemitische BDS-Bewegung.**

*Foto: Leandra Weber*

## Zu Fragen der Aufnahme von Mitgliedern in die DIG

Das Verfahren zur Aufnahme neuer Mitglieder in die DIG in unserer Satzung in den §§ 4 und 5 unserer Satzung geregelt. Die Mitgliedschaft wird auf Antrag erworben, der Antragsteller erkennt mit dem Antrag die Satzung und die Beitragsordnung an. Über die Annahme des Antrags entscheiden je nach Zuständigkeit und Eingang des Antrags das Präsidium der DIG oder der Vorstand einer rechtlich selbständigen Arbeitsgemeinschaft; dem jeweils anderen Organ (auch den Vorständen der rechtlich unselbständigen Arbeitsgemeinschaften) ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (nach Präsidiumsbeschluss mit Frist von zwei Wochen zur Äußerung). Die Ablehnung eines Mitgliedsantrags bedarf keiner Begründung gegenüber dem Antragsteller und Dritten (§ 5 Abs. 5 Satz 3).

Die Organe der DIG selber brauchen Gründe und Kriterien für Annahme oder Ablehnung eines Antrags. Denn diese Entscheidungen können für den gesamten Verband Bedeutung bekommen, da Mitglieder des Vereins öffentlich

immer auch als Teil und damit Vertreter des Vereins angesehen werden können. Die Aufnahme eines neuen Mitglieds ist daher eine bewusste und verantwortungsvolle Entscheidung. Eine Ablehnung (die die Ausnahme bleiben wird) kann begründet sein in bekannten und nachweisbaren Äußerungen und Verhaltensweisen des Antragstellers gegenüber Israel, die den Vereinszielen und den Vereinsinteressen entgegenstehen und ihnen schaden würden. Ein möglicher Fall wäre etwa die Unterstützung der BDS-Bewegung oder die Verwendung antisemitischer Argumente und Stereotypen.

Gegenwärtig versuchen politische Kräfte in Deutschland, jüdische Gemeindemitglieder und Freunde Israels unter der Flagge der »Unterstützung Israels« für ihre Kampagnen gegen Einwanderung, gegen »Überfremdung durch den Islam«, gegen die »islamische Gefahr« einzuspannen, Bündnisse einzugehen, und dafür auch in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft tätig zu werden.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist sich mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland einig: Wir lehnen jede Form von Islamfeindschaft ab! Denn Rassismus, grundsätzliche pauschale Ablehnung und Bekämpfung von Islam und Muslimen haben die gleichen trüben Quellen wie der Antisemitismus, sie vergiften und gefährden unsere Gesellschaft insgesamt.

Die Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen wie der NPD, die aktive Arbeit in Bewegungen wie Pegida schließen daher eine Mitgliedschaft in der DIG aus. Die Mitgliedschaft in der AfD sollte immer Anlass sein, einen Antrag auf Aufnahme in die DIG sorgfältig zu prüfen, Nachforschungen anzustellen, gegebenenfalls ein Gespräch mit dem Antragsteller zu suchen und im Zweifel für den Schutz des Zusammenhalts und des guten Rufs des Vereins zu entscheiden. Das ist legitim und notwendig.

**Beschluss des Präsidiums auf der Präsidiumssitzung am 19. Juni 2017**



Das zweitägige Bürgerfest lockte insgesamt 14.000 Besucher nach Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten.

Foto: Henning Schacht / bpa

## Bürgerfest des Bundespräsidenten Mit Schirm, Halva und Begeisterung

Bereits zum zweiten Mal präsentierte sich die Deutsch-Israelische Gesellschaft beim Bürgerfest des Bundespräsidenten im Garten von Schloss Bellevue in Berlin. Der Andrang war riesig, der Auftritt gelungen. Zahlreiche Bürger, Politiker und Prominente zeigten großes Interesse am Thema Israel.

**M**it dem Fest am 8. und 9. September 2017 wurden die vielen Menschen in Deutschland gewürdigt, die durch ihr bürgerschaftliches Engagement zu einer starken Zivilgesellschaft beitragen. Zahlreiche Initiativen, Organisationen und Unternehmen gaben Einblicke in ihre ehrenamtliche und

gemeinwohlorientierte Arbeit. »Sie sind die Helden unseres Alltags«, bedankte sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Rede bei den Anwesenden.

Trotz niedriger Temperaturen und grauer Wolken am Himmel war die Stimmung lebhaft, die Besucher waren fröhlich

und sehr aufgeschlossen. Es gab viele angenehme Gespräche mit interessierten Bürgern und es konnten neue Freunde gewonnen werden. Oftmals wurde der Wunsch geäußert, weiterführendes Informationsmaterial zu erhalten. Sehr erfreulich war das große Interesse an Israel als Reiseland. Befürchtungen, Israel zu besuchen, konnten in intensiven Gesprächen entkräftet werden.

Das Bürgerfest des Bundespräsidenten war für die DIG eine weitere Gelegenheit, in die Öffentlichkeit zu gehen und Menschen direkt anzusprechen. Die DIG zeigt verstärkt Präsenz, und das ist gut so. Bei Sonne oder in einer lauen Sommernacht ist es recht einfach, die Menschen glücklich zu machen – wenn die Gäste trotz Regens so ausgelassen feiern wie an diesem Wochenende, haben die Mitwirkenden offenbar vieles richtig gemacht. Allen Mitgliedern, die durch ihr großartiges Engagement zum Erfolg beigetragen haben, ein herzlicher Dank. Toda raba!

**Bärbel Metz**

Leiterin der DIG-Bundesgeschäftsstelle



**Zwei Präsidentenpaare in Schloss Bellevue (v.l.n.r.): Hellmut und Magdalena Königshaus zu Besuch bei Elke Bündenbender und Frank-Walter Steinmeier.**

Foto: Guido Bergmann / bpa



»Sie sind die Helden unseres Alltags«, würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Eröffnungsrede die vielen Ehrenamtlichen, die am Fest teilnahmen.



Süßigkeiten aus Israel: Bärbel Metz, Leiterin der DIG-Bundesgeschäftsstelle, und Entertainer Jürgen von der Lippe schwören auf Halva.

An beiden Tagen herrschte großer Andrang am Stand der DIG. Viele Besucher interessierten sich auch für Israel als Reise-land.



Auch der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff schaute am DIG-Stand vorbei. Mit im Bild (v.l.n.r.): Bärbel Metz, Claudia und Max von Tilzer, Hellmut Königshaus, Christian Hill (DIG Wiesbaden) und Yoram Ehrlich (Präsidium)



Ein großer Israelfan ist TV-Moderator Cherno Jobatey (2. v.l.).

Hellmut Königshaus mit dem Erzgebirgischen Bundestagsabgeordneten Günter Baumann.



Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (Mitte) und Gattin Claudia Müller im Gespräch mit dem Ökologen und Naturfotografen Professor Max von Tilzer.

Auf der Bühne wechselten sich Diskussionen und Unterhaltung ab. Gefeierte wurde bis tief in die Nacht.



# Jüdisches Sommermärchen

Die 20. Makkabiah wurde zu einem Sommermärchen für die deutsche Delegation. Alle Anstrengungen, all der Schweiß, all die harten Trainingsstunden wurden mehr als belohnt, denn es sollten die erfolgreichsten Spiele für Makkabi Deutschland in der Geschichte werden. Dabei waren die Erwartungen bereits sehr hoch: Nach den erfolgreichsten European Maccabi Games 2015 vor heimischer Kulisse in Berlin, stand man als führendes Team in der Europawertung ganz schön unter Druck.

**M**it sage und schreibe 232 Makkabiern und somit gut 50 Teilnehmern mehr als noch vor vier Jahren, ist die deutsche Mannschaft am 30. Juni 2017 zum Pre-camp nach Haifa gereist. Im ANA Haifa hat sich das Team zwei Tage lang auf die anstehenden Spiele vorbereiten können, die Ausstattung erhalten, sich aufeinander eingeschworen und die letzten Trainingseinheiten vollzogen. Zudem organisierte das Israel Desk Makkabi Deutschlands eine Zeremonie in Gedenken an den Terroranschlag während der Olympischen Spiele 1972 in München, gar mit einem Film und Zeitzeugengesprächen in kleinen Gruppen vorab. Weitere besondere Highlights waren eine exklusive Gesprächsrunde mit dem neuen israelischen Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, sowie ein gemeinsamer Grillabend in gemütlicher Atmosphäre im Beisein des deutschen Staatssekretärs Ole Schröder und der speziell angereisten Bundestagsabgeordneten Michaela Engelmeier. Daraufhin verteilten sich die einzelnen Sportarten und Altersklassen nach Jerusalem, Netanya, Tel-Aviv und Haifa – die Spiele konnten beginnen.

## Teilnahme hatte nicht nur sportlichen Charakter

Die Eröffnungsfeier am 6. Juli 2017 fand im Teddy-Kollek-Stadion vor über 50.000 Zuschauern statt. Gänsehaut gab es allerdings schon kurz zuvor. Beim Warten vor dem Stadion stimmte unser Eishockeyspieler Yoni Rose, Oberkantor der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, das Lied »Yerushalaim shel Zahav« an. Hunderte umstehende Sportler stimmten mit ein – eine unglaubliche Atmosphäre! Spätestens dann wurde jedem klar, warum die Teilnahme an diesen Spielen nicht nur einen rein sportlichen Charakter hat. Der dann folgende Einlauf unserer deutschen Delegation war zweifelsfrei der aufregendste aller Nationen. Nicht nur, dass wir als einziges Team mit einem Maskottchen und einer Performance in schwarz-rot-gold aufziefen – wir haben auch mit unserer Konfetti-Parade die Spiderkamera des israelischen Senders Channel 2 kurzfristig außer Kraft gesetzt.

Für die gut 70 in Haifa wohnenden deutschen Jugendlichen gab es während der Spiele speziell organisierte Ausflüge, Erlebnis-



touren, Feiern für die Medaillengewinner und Spielabende. Am zweiten Shabbat hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, mit ihren Familien zu feiern. Ein weiterer Höhepunkt der Spiele war die Einladung zum deutschen Botschafter in Israel, Clemens von Götze, der einen Teil der Medaillengewinner in seiner Residenz in Herzliya empfing.

Die Kommunikation in- und extern verlief dank der verteilten SIM-Karten, aber auch dank des perfekt arbeitenden PR und Social Media Teams nahezu perfekt. Jeden Abend gab es eine Zwischenbilanz und kurze Videoclips des Tages, die auch noch heute auf der Makkabi Deutschland Facebookseite zu finden sind. Die deutsche Mannschaft unterstützte sich sportarten- und altersklassenübergreifend, wo es nur ging, bis hin zum Kleidertausch auf der Abschlussfeier am 17. Juli in Latrun.

### Alle Rekorde gebrochen

Diese Makkabiah hat nicht nur durch die nie dagewesene Delegationsgröße und das einmalige Rahmenprogramm alle Rekorde gebrochen – 18 unserer Teilnehmer waren noch nie zuvor in Israel. Acht von ihnen konnten sogar ihre Bar Mitzwah an der Klagemauer nachholen. Mit Eishockey, Rudern, Judo, Springreiten, Radfahren und Ringen haben wir an sechs neuen Sportarten teilgenommen und der Anteil der Jugendlichen mit über dreißig Prozent war so hoch wie nie zuvor. Den krönenden Abschluss der Superlative lieferte jedoch der Medaillenspie-

gel: Unfassbare 46 (!) gewonnene Medaillen konnte Makkabi Deutschland in Israel einfahren. Im Vergleich zum bisherigen Rekord von 19 Medaillen spricht auch diese Zahl für sich.

Ein herzlicher Dank gilt allen Sportlern, dem Betreuerstab, den Sponsoren und Unterstützern, den vielen Helfern und Organisatoren und dem Makkabi Deutschland Präsidium für die unvergesslichen Spiele. In zwei Jahren heißt es wieder »Let the games begin«, wenn sich erneut eine Delegation aus Deutschland zu den European Maccabi Games nach Budapest aufmacht. Mit großer Vorfreude schauen wir diesen entgegen und arbeiten in der Zwischenzeit weiter an der Gegenwart und Zukunft des jüdischen Sports in Deutschland, denn unsere Arbeit findet nicht nur von Makkabiah zu Makkabiah statt.

Auch während des letzten Jahres haben wir unsere Position als offizieller Vertreter des jüdischen Sports bestätigt. Ob es dabei um die Verhinderung von Fördergeldern an Sportvereine, die den Terrorismus glorifizieren, um Integrationsprojekte, um den interreligiösen Dialog, um die Bekämpfung von Antisemitismus auf und neben dem Platz oder um den Boykott israelischer Mannschaften durch iranische Sportler ging: Makkabi Deutschland arbeitet oft hinter den Kulissen, um unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

**Alon Meyer**

Präsident von Makkabi Deutschland e.V.



Fotos: Rafael Herlich



Überschäumende Begeisterung: Das deutsche Makkabiah-Team beim Einzug in das Teddy-Kollek-Stadion.

Fotos: Rafael Herlich

# Neue Impulse für die deutsch-israelischen Sportbeziehungen

Die enge Freundschaft zwischen Deutschland und Israel war und ist nicht nur ein Ergebnis der »großen Politik«. Neben der Wirtschaft, der Kultur und dem Tourismus hat auch der Sport, vor allem im ersten Jahrzehnt nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen, einen wichtigen Beitrag zur Annäherung und Vertrauensbildung zwischen beiden Ländern geleistet. Aus Anlass der 20. Makkabiah, die vom 4. bis 18. Juli 2017 in Jerusalem, Haifa und Tel Aviv stattfand, wurden für die weitere Entwicklung neue Akzente gesetzt.

**Gedenken an die 1972 ermordeten israelischen Sportler (v.l. n. r.): Makkabi-Präsident Alon Meyer, Staatssekretär Ole Schröder, Botschafter Clemens von Götze.**



**A**m 2. November 1917 ließ die britische Regierung durch ihren Außenminister Lord Balfour erklären, dass sie die Errichtung einer »nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina mit Wohlwollen betrachte«. Als sich im Jahr darauf durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches die Möglichkeit einer Neuordnung der politischen Verhältnisse im Vorderen Orient abzeichnete, eröffneten sich für die Zionistische Bewegung zum ersten Mal realistische Perspektiven für ihren großen Traum, die Gründung eines jüdischen Nationalstaates. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung gab sich die 1903 gegründete »Jüdische Turnerschaft«, der Zusammenschluss jüdischer Turn- und Sportvereine, im Rahmen des Zionistischen Kongresses 1921 in Karlsbad den neuen Namen »Makkabi-Weltverband«. Sitz der Organisation war Berlin. Als die wiederholten Versuche, mit einer eigenen jüdischen Mannschaft an den Olympischen Spielen teilzunehmen, scheiterten, gründeten die Verantwortlichen die »Makkabiah«, ein jüdisches

Weltsportfest, das 1932 zum ersten Mal in Tel Aviv veranstaltet wurde. Es sollte die Zusammengehörigkeit jüdischer Sportler stärken und zur Bildung eines Nationalbewusstseins beitragen. Die zweite Makkabiah 1935 war ebenfalls ein großer Erfolg. Doch die 1937 ausbrechenden arabischen Aufstände, der Zweite Weltkrieg und der Unabhängigkeitskrieg verhinderten zunächst ihre Fortsetzung. Erst 1950 konnte die 3. Makkabiah im neuen Staat Israel durchgeführt werden. Seit 1953 findet das Fest alle vier Jahre, jeweils im Jahr nach den Olympischen Spielen, statt. 1969 nahmen erstmals nach dem Krieg auch wieder Sportlerinnen und Sportler des zuvor wiederbegründeten Verbandes »Makkabi Deutschland« an der Veranstaltung teil. Die 20. Makkabiah 2017 wies neue Rekordzahlen auf: Fast 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 85 Ländern hatten sich auf den Weg nach Israel gemacht, darunter 232 aus Deutschland, die mit 46 Medaillen (11 x Gold, 20 x Silber, 15 x Bronze) doppelt so viele errangen wie 2013.

### **Gedenkzeremonie für die Attentatsopfer von München**

Seit 1969 reisen aus Deutschland regelmäßig Vertreter aus Politik und Sport zur Makkabiah. Dies war auch in diesem Jahr der Fall: Der Vizepräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und Ehrenpräsident des Deutschen Hockeybundes (DHB) Stephan Abel, der Stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Olympischen Akademie (DOA) Prof. Dr. Manfred Lämmer, die Vizepräsidentin des Deutschen Judo-Bundes und Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages Michaela Engelmeier sowie der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hellmut Königshaus waren vor Ort. Das Quartett aus Sport und Politik absolvierte ein dichtes Programm, um sich über die aktuelle Lage des Sports in Israel zu informieren und Möglichkeiten einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu sondieren. Zu Beginn ihres Aufenthalts nahm die Gruppe an einer bewegenden Gedenkzeremonie für die Opfer des Attentats auf



**Voller Einsatz: Die Hockey-Herren von Makkabi Deutschland erkämpften die Bronzemedaille.**

die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München teil. Im Leichtathletik-Stadion des Technions in Haifa hatte sich die gesamte deutsche Delegation vor dem großen Mahnmal versammelt. Makkabi-Weltpräsident Yair Hamburger, Haifas Stadtoberhaupt Yona Yahav sowie Staatssekretär Ole Schröder und der deutsche Botschafter Clemens von Götze hielten Ansprachen und legten Kränze nieder.

#### **Zusammenarbeit mit dem NOK von Israel verlängert**

Am folgenden Tag führten die deutschen Vertreter am Wingate-Institut bei Netanya, dem nationalen Zentrum für Sport und Sportwissenschaft Israels, Gespräche mit dessen Direktor Amotz Bachar, dem Leiter der Abteilung Leistungssport Daniel Oren und Dozenten des College über die Ausbildung von Trainern und Sportlehrern sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit in anderen Bereichen. Nach einem Besuch des »Israelischen Sportzentrums für Behinderte« in Ramat Gan und einer Zusammenkunft mit dem neuen Leiter der Sportabteilung im Ministerium für Kultur und Sport, Ofer Bustan, unterzeichnete DOSB-Vizepräsident Stephan Abel am 5. Juli 2017 mit

NOK-Generalsekretär Gilad Lustig ein »Memorandum of Understanding« über die Zusammenarbeit mit dem Nationalen Olympischen Komitee von Israel für weitere acht Jahre, nachdem die erste Vereinbarung dieser Art aus dem Jahre 2009 abgelaufen war. Die Fachgespräche und der Akt des Vertragsabschlusses waren durch eine betont freundschaftliche Atmosphäre gekennzeichnet. Erste Schwerpunkte gemeinsamer Projekte sollen Fragen der Fördersysteme von Spitzensportlern, Verbandsstrukturen und der Ausbildung von Trainern sein. Die Olympischen Akademien beider Länder werden Strategien zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus, Gewalt und Korruption entwickeln und Modell-Maßnahmen zur Olympischen Erziehung erarbeiten.

#### **Goldregen für das deutsche Makkabi-Team**

Am Abend des 6. Juli waren die deutschen Besucher auf Einladung von Makkabi Deutschland Gäste bei der Eröffnung der Makkabiah im Teddy-Kollek-Stadion von Jerusalem, der auch eine Delegation der Deutschen Sportjugend (DSJ) unter Leitung ihres Vorsitzenden Jan Holze beiwohnte. Die deutsche Makkabi-Mannschaft zog besondere Aufmerksamkeit der Anwesenden auf sich, als sie beim Einzug einen Goldregen erzeugte, während Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ihr in einer Videoeinspielung auf dem riesigen Bildschirm des Stadions viel Erfolg wünschte. Die Gespräche über die weitere Gestaltung über die deutsch-israelische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Sports wurden bereits wenige Tage später in Berlin mit der 4. Konferenz der Sportministerien beider Länder fortgesetzt.

**Prof. Dr. Manfred Lämmer**

#### **Fachgespräche über die deutsch-israelischen Sportbeziehungen führten (v.l. n. r.):**

**Daniel Oren, Direktor des Instituts für Elite-Sport, Gilad Lustig, Generalsekretär des NOK von Israel, Stephan Abel, DOSB-Vizepräsident, Michaela Engelmeier MdB, Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Manfred Lämmer, Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Olympischen Akademie (DOA) und Hellmut Königshaus, DIG-Präsident**



# 6 Tage, die die Welt veränderten



1947 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen, das britische Mandatsgebiet Palästina zu teilen: Israel und ein arabischer Staat sollten nebeneinander existieren; Jerusalem sollte internationale Zone werden.

Die USA, Frankreich und die UdSSR stimmten für den Teilungsplan; alle arabischen Staaten stimmten dagegen. Die de facto Regierung des noch nicht gegründeten Israel begrüßte den UN-Beschluss. 1948 zog die britische Mandatsmacht aus Palästina ab, es folgte die Unabhängigkeitserklärung Israels und die militärische Intervention der arabischen Staaten zur Vernichtung des eben erst gegründeten Staates. 1949 wurde dieser erste israelisch-arabische Krieg mit einem Waffenstillstand beendet. Jerusalem war geteilt, Jordanien annektierte das Westjordanland und Ägypten den Gaza-Streifen.

Das alles sollte sich innerhalb weniger Tage im Juni 1967 ändern: Die arabischen Staaten, unter der politischen Führung des von der Sowjetunion militärisch gerüsteten Ägypten, hatten versucht, durch eine konsequente Politik der Blockade – etwa des Golfes von Eilat – und durch die Unterstützung einer von außen nach Israel hineingetragenen Guerilla die

Lebensfähigkeit Israels zu untergraben. Im Mai 1967 wurde die Spannung von Seiten Ägyptens und Syriens weiter gesteigert. In der begründeten Annahme, dass ein Angriff von Seiten Ägyptens unmittelbar bevorstünde, unternahm Israel einen Präventivschlag gegen Ägypten los. Syrien und Jordanien starteten sofort eine Offensive gegen Israel. Das Resultat war die Besetzung der jordanischen Gebiete westlich des Jordan, des Gaza-Streifens, des Golan und des Sinai – und die Vereinigung Jerusalems unter israelischer Kontrolle.

Israel versuchte, diesen militärischen Erfolg in eine politische Lösung umzusetzen: Die israelische Regierung stellte die Rückgabe aller besetzten Gebiete (mit Ausnahme Jerusalems) in Aussicht – in Verbindung mit einem Friedensvertrag mit allen Nachbarstaaten und damit auch der formellen Anerkennung Israels von arabischer Seite. Dieses Angebot wurde von der Arabischen Liga, die nach wie vor unter dem Einfluss Ägyptens stand, ohne die geringste Kompromissbereitschaft

abgelehnt. Die arabischen Staaten blieben ihrem Ziel treu – der Vernichtung Israels. Das sollte sich erst ändern, als – nach einem weiteren Krieg, 1973 – Ägyptens Politik sich änderte: Der Besuch Sadats in Jerusalem, 1977, öffnete den Weg zum Frieden mit Ägypten und schließlich auch mit Jordanien. Ägypten freilich hatte dafür einen hohen Preis zu zahlen: Das Land wurde für mehrere Jahre aus der Arabischen Liga ausgeschlossen und Sadat 1981 ermordet.

Israel hatte 1967 seine Position geopolitisch gefestigt. Die arabische Seite muss sich für die Weigerung, unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen 1967 einer umfassenden Friedenslösung zuzustimmen, vorhalten lassen, eine (vielleicht die) entscheidende Chance für eine Friedenslösung versäumt zu haben. Die israelische Siedlungstätigkeit auf der Westbank ist die Folge dieses Versäumnisses. Die Last hat ein Akteur zu tragen, den es 1967 noch gar nicht gegeben hatte: das arabische "Palästina".

## We are on Israel's Side

Zur europaweiter Solidarität mit Israel ruft die EAI mit einer Unterschriften-Aktion im Internet auf. Anlass ist die fortgesetzte Bedrohung des Staates Israel seit seiner Gründung im Jahr 1948. Zu den Erstunterzeichnern gehören Persönlichkeiten aus Deutschland, Italien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz, darunter die EAI-Präsidentin Corina Eichenberger-Walther sowie die Bundestagsabgeordneten Volker Beck und Rüdiger Kruse. Wer ebenfalls seine Unterstützung für Israel kundtun möchte, kann sich jederzeit hier eintragen: [www.israel-manifesto.org](http://www.israel-manifesto.org)

# WE ARE ON ISRAEL'S SIDE

Express your solidarity with Israel

[Click here to sign](#)

### Israel Manifesto

In November 1947, the General Assembly of the United Nations laid the foundation for the State of Israel. In May 1948, David Ben-Gurion read out the Declaration of Independence. In May 1949, the sovereign state of Israel was admitted to the international community.

Israel exists. In the coming year, it will have been in existence for 70 years. Energetic, committed and confident. As a pluralist society with a parliamentary democracy. With fair elections. With independent courts. With vivid media.

Israel is on guard because the country has been threatened and attacked since the day of its foundation. All the same, the people of Israel do not give up seeking and finding peace with its neighbours.



Arthur James Balfour beim Besuch einer jüdischen Siedlung im britischen Mandatsgebiet Palästina 1925.

Foto: picture alliance/akg

# 100 Jahre Balfour-Deklaration – der erste Schritt zum Staate Israel

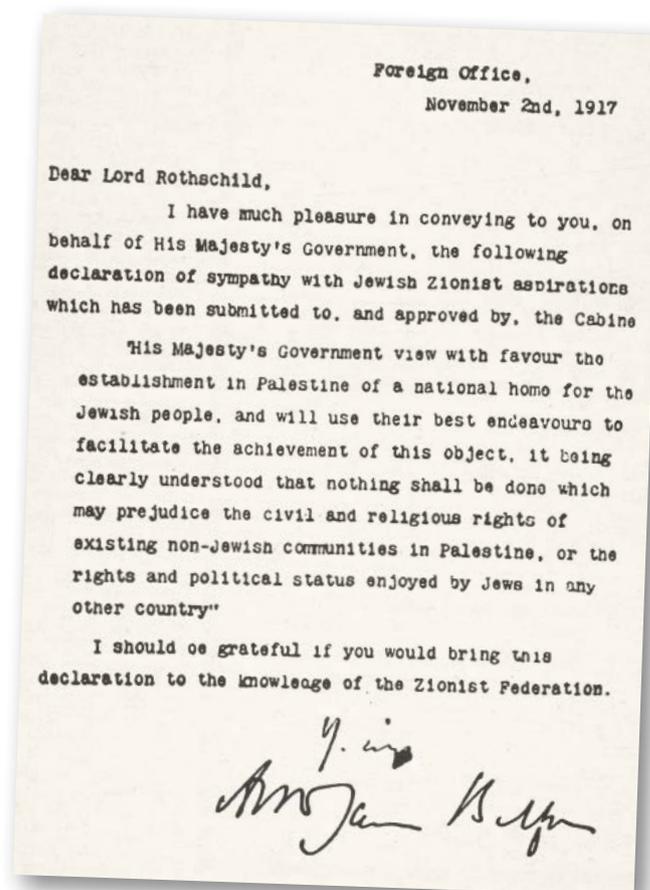
Im November jährt sich zum 100. Mal die Abgabe der Balfour-Deklaration gegenüber der zionistischen Bewegung. Grund genug, einen kurzen Blick auf Entstehungsgeschichte und Auswirkungen zu werfen.

**1917** – der europäische Kontinent war durch den Ersten Weltkrieg nicht mehr der, der er einmal gewesen war: Während sich die Kriegsparteien im Westen im verlustreichen Stellungskrieg gegenüberstanden, hatte sich die Situation im Osten durch den

Sturz des Zaren als Folge der Februarrevolution zugunsten der Mittelmächte verändert. Die Kriegsmüdigkeit der russischen Armee und vor allem der Bevölkerung – einer der Gründe für den letztlichen Erfolg der Bolschewiken unter Lenin – war auch für die Entente-Mächte unübersehbar und führte letztlich zum

Der Brief von Balfour an Lord Rothschild vom 2. November 1917, in dem er den jüdischen Anspruch auf eine »nationale Heimstätte« anerkennt.

Foto: ullstein bild



Waffenstillstand am 15. Dezember 1917. Im Frühjahr des gleichen Jahres traten die USA in den Krieg ein, doch noch machten sich deren militärische und wirtschaftliche Möglichkeiten nicht entscheidend auf dem europäischen Kriegsschauplatz bemerkbar.

Auf dem Kriegsschauplatz im Nahen Osten – in Deutschland heute meist vergessen – kämpften die Briten gegen das Osmanische Reich. Auf der Suche nach lokalen Verbündeten boten sich dort in erster Linie die Araber an, die die Herrschaft der Osmanen abschütteln wollten. Kurz nach Kriegsbeginn nahmen die Briten deshalb Kontakt zum Scherif von Mekka, dem Haschemiten Hussein Ben Ali, auf. Dieser träumte von einem arabischen Nationalstaat vom Mittelmeer bis nach Persien. 1915 sicherte der britische Hochkommissar von Ägypten, Sir Henry McMahon, deshalb den Arabern zu, »die Unabhängigkeit der Araber in den Grenzen anzuerkennen, die der Scherif vorgeschlagen hat«. Im Gegenzug sollten die Araber die Briten bei ihrem Kampf gegen die Osmanen unterstützen – was sie auch ab 1916 taten.

Doch die Briten dachten ihrerseits nicht ernsthaft an die Einhaltung ihrer Zusage: Zeitgleich verhandelte man bereits mit Frankreich über die zukünftige Aufteilung des Nahen Ostens. Ergebnis dieser Geheimverhandlungen war das Sykes-Picot-Abkommen. Darin wurde der Nahe Osten in Einflussphären

aufgeteilt: Den Bereich des heutigen Nordiraks, Syriens, des Libanon und der Südosttürkei erhielt Frankreich, das heutige Jordanien, der Rest des Iraks und das Gebiet um Haifa sollten Großbritannien zufallen. Das spätere Palästina sollte unter internationale Verwaltung gestellt werden – klassische Imperialismuspolitik unter Aussparung der Interessen der in den jeweiligen Gebieten ansässigen Bevölkerung.

#### Unterstützung für eine »jüdische Heimstätte«

Die letzte – und für die Geschichte Israels wirkungsmächtigste – Erklärung wiederum war die Balfour-Deklaration, von der weder Araber noch Franzosen zum Zeitpunkt ihrer Abgabe etwas wussten. Am 2. November 1917 hatte der britische Außenminister Arthur James Balfour gegenüber Lionel Walter Rothschild als Antwort auf eine Bitte um Unterstützung der zionistischen Bewegung erklärt:

»His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country.«

Für die zionistische Bewegung war die Balfour-Deklaration der bislang größte Erfolg. Erstmals hatte eine führende Macht den jüdischen Anspruch auf eine »nationale Heimstätte« anerkannt und gleichzeitig ihre Unterstützung bei der Umsetzung versprochen.

Uneigennützig handelte die britische Regierung aber keineswegs, verband man mit dieser Erklärung doch vor allem eines: die Unterstützung der Zionisten für die Kriegsziele der Entente zu gewinnen. Die Zeit dafür erschien günstig nach dem Sturz des Zaren, der bislang das Hauptfeindbild der russischen und amerikanischen Juden gewesen war. Die Balfour-Deklaration sollte aber auch einer Neugestaltung des Nahen Ostens nach amerikanischen Vorstellungen vorbeugen, die in Person ihres Präsidenten Woodrow Wilson Anfang 1917 klargestellt hatten, dass jedes Volk sein eigenes Schicksal bestimmen sollte. Beide Ziele – sowohl das der zionistischen Unterstützung der Kriegsziele als auch die Durchkreuzung der amerikanischen Nachkriegspläne – wurden erreicht.

Und wie stellten sich die Araber unmittelbar nach Ende des Krieges zur Balfour-Deklaration? Zu erwähnen ist hier vor allem das 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz getroffene, nach den Leitern der arabischen und jüdisch-zionistischen Delegationen benannte Faisal-Weizmann-Abkommen, in dem die beiden Parteien sich auf Grenzen der zu schaffenden beiden arabischen und jüdischen Nationalstaaten verständigten. Das Abkommen blieb jedoch nur eine Willenserklärung und trat nie in Kraft, da die wesentliche Voraussetzung, die Schaffung eines arabischen Nationalstaats, von den Siegermächten nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden war.

### Balfour-Deklaration als Grundlage des Völkerbundsmandats

Die Balfour-Deklaration fand Eingang in den Vertrag von Sèvres vom 10. August 1920, mit dem das Osmanische Reich zerschlagen und aufgeteilt wurde. Sie war zudem wichtige Grundlage für das ebenfalls 1920 beschlossene Völkerbundsmandat für Palästina, das Großbritannien übertragen wurde. Bereits in seiner Präambel wurde auf die nationale Heimstatt der Juden (»national home«) verwiesen, deren Umsetzung in den Artikeln 2, 4, 6, 7 und 11 konkretisiert wurde. Gleichzeitig waren freie Religionsausübung, der freie Zugang zu den heiligen Stätten der unterschiedlichen Religionen und die Aufrechterhaltung bestehender Selbstverwaltungen festgelegt. Zu Beginn des Völkerbundsmandats lebten rund 600.000 Araber, knappe 10 Prozent von ihnen Christen, und 80.000 Juden in Palästina, 1931 waren es dann bereits über 130.000 Juden und bis 1939 wuchs die jüdische Bevölkerung auf über 370.000 an. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung im Mandatsgebiet war damit von knapp über 10 Prozent auf nahezu ein Drittel angestiegen.



Arthur James Balfour (1848–1931)

Foto: ullstein bild / United Archives

Verlierer der sich widersprechenden Zusagen der Briten aus der Zeit des Ersten Weltkrieges waren hingegen die Araber: Das Versprechen eines arabischen Nationalstaates wurde nicht eingehalten und die vermehrte Zuwanderung von Juden in das mehrheitlich arabisch besiedelte Palästina während der Mandatszeit sorgte dort für zusätzliche Spannungen, die sich in Massakern wie 1929 in Hebron entluden und einer der Hauptgründe für den Arabischen Aufstand von 1936 bis 1939 waren.

Doch welche Bedeutung hat die Balfour-Deklaration aus heutiger Sicht? War Theodor Herzls Judenstaat 1896 noch eine reine Fiktion gewesen, hinter der sich aber die Zionisten scharten, so war die Balfour-Deklaration der erste praktische Schritt hin zu einem eigenen Staat. Die Balfour-Deklaration und ihre Ausformulierung im Völkerbundsmandat waren Grundlage der ersten planvoll organisierten Einwanderung von Juden vor allem aus Ost- und später auch Mittel- und Westeuropa in das heutige Israel. Vergessen werden darf jedoch nicht, dass die Balfour-Deklaration gleichzeitig als ein wesentlicher Teil der sich widersprechenden britischen Zusagen an Araber und Juden einer der Ausgangspunkte für den fortwährenden Nahostkonflikt ist.

### Martin Röpke

studierte Geschichte, Germanistik und Kommunikationswissenschaften. Einer seiner Studienschwerpunkte an der FU Berlin waren die Geschichte des Zionismus und die Geschichte des Staates Israel. Heute ist er Mitinhaber einer PR-Agentur in Berlin.

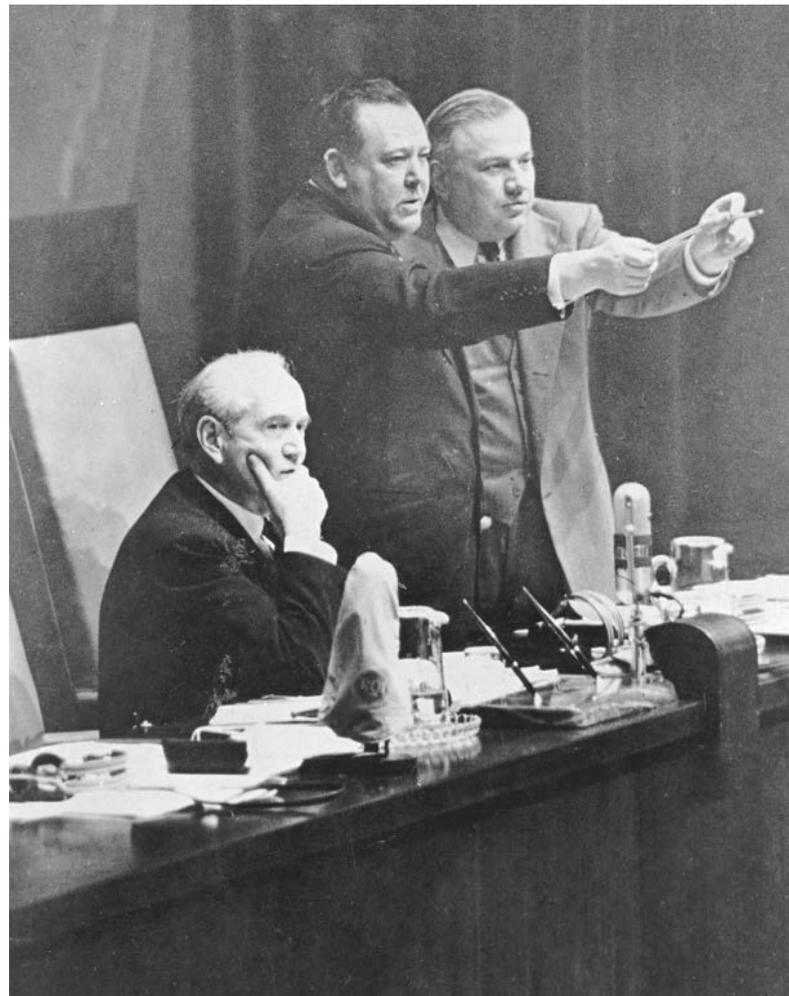


# Ein Traum wird Wirklichkeit

Was mit der Balfour-Deklaration 1917 und deren Umsetzung im britischen Völkerbundsmandat von 1920 als »jüdische Heimstatt« begann, wurde mit dem UN-Teilungsplan vom 29. November 1947 und der sich daraus ergebenden Unabhängigkeitserklärung ein gutes halbes Jahr später Realität: die Gründung des Staates Israel.

**2017** ist für den Staat Israel ein Jahr der Jubiläen – es jährt sich nicht nur die Abgabe der Balfour-Deklaration zum 100. Mal, auch die Veröffentlichung des UN-Teilungsplans ist 70 Jahre her. Eigentlich müsste man an den Beginn dieser Aufzählung noch die Zahl 120 setzen, denn 1897 war es, als Theodor Herzl nach Beendigung des 1. Zionistenkongresses in sein Tagebuch schrieb: »In Basel habe ich den Judenstaat gegründet.« Seit dem Bestehen des britischen Mandats über Palästina, das anfangs auch das heutige Jordanien umfasste, hatte sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung drastisch erhöht. Lebten 1920 erst rund 80.000 Juden in Palästina, waren es am Vorabend der Staatsgründung rund 600.000 – demgegenüber hatte sich die arabische Bevölkerung von knapp 600.000 auf ca. 950.000 erhöht. Der Anteil der Juden war also von etwas über 10 Prozent auf 40 Prozent gestiegen. Einen Höhepunkt hatte die Zuwanderung in den 1930er-Jahren nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten erreicht. Die massive Zuwanderung verschärfte die bestehenden Spannungen zwischen Teilen der arabischen und jüdischen Bevölkerung und der Ruf der arabischen Seite nach einem Zuwanderungsstopp und einem Stopp des Landverkaufs an Juden wurde immer lauter. Die Unzufriedenheit der Araber entlud sich immer wieder in Übergriffen und 1936 schließlich im Arabischen Aufstand, der erst 1939 von der britischen Mandatsmacht niedergeschlagen wurde.

Gleich zu Beginn des Aufstandes hatte die britische Regierung eine Kommission unter Leitung von Sir William Peel nach Palästina geschickt, um die Lage vor Ort zu untersuchen und einen Plan für die Zukunft Palästinas zu entwickeln. Diesen legte die nach ihrem Leiter benannte Peel-Kommission 1937 vor. Aufgrund der vorgefundenen Lage kam man zu dem Schluss, dass nur die Aufteilung in zwei Staaten als eine auf Dauer tragbare Lösung erschien (Abb. Plan der Peel-Kommission). Der jüdischen Bevölkerung sollten der Nordteil des Landes sowie ein schmaler Küstenstreifen gehören, der Süden inklusive des Negev sowie weite Teile des Landesinneren sollten dem arabischen Staat zugeschlagen werden – Jerusalem sowie ein Korridor zum Mittelmeer unter britischer Herrschaft verbleiben. Während führende Vertreter der Juden in Palästina wie Chaim Weizmann und David Ben Gurion dem Plan zustimmten und ihn als eine Zwischenlösung ansahen, lehnte die arabische Seite den Vorschlag ab. 1939 unternahm die Briten einen letzten Versuch, die Araber umzustimmen und so das Palästina-Problem zu lösen: Im Weißbuch von 1939 wurde der zu schaffende jüdische Staat noch einmal deutlich verkleinert (Abb. Plan der Woodhead-Kommission). Gleichzeitig sollte die Einwanderung drastisch eingeschränkt und auf 75.000 Menschen innerhalb der nächsten fünf Jahre festgesetzt werden. Auch wenn der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die vollständige Umsetzung



**Auf der 2. Vollversammlung der UNO am 29. November 1947 wurde die Teilung Palästinas mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen beschlossen. Während der Debatte: Trygve Lie, der Generalsekretär der UNO (Mitte) und sein Stellvertreter Andrew W. Cordien (rechts).** *Foto: ullstein bild / dpa*

des Weißbuches verhinderte, die Beschränkung der jüdischen Einwanderung erfolgte wie vorgeschlagen – auch während des Krieges und der Ermordung der Juden Europas.

Die mit dem Londoner Regierungswechsel von 1945 verbundenen Hoffnungen auf eine Änderung der britischen Palästina-Politik erfüllten sich nicht: Hatte die Labour Party in der Opposition noch das Weißbuch abgelehnt, so änderte sie unter Premierminister Attlee ihre Haltung und hielt nun daran fest,

um die arabische Seite nicht noch weiter zu provozieren und den bereits eskalierenden Konflikt nicht zusätzlich anzuheizen. De facto herrschte ab 1945 jedoch bereits ein Bürgerkrieg in Palästina, in dem die britische Mandatsmacht zunehmend die Kontrolle über das Land verlor. Im Februar 1947 übergab die britische Regierung angesichts der ausweglos erscheinenden Situation die Palästina-Frage den neu gegründeten Vereinten Nationen. Im Mai 1947 wurde daraufhin das UNSCOP (United Nations Special Committee on Palestine) einberufen, um Vorschläge für die Zukunft Palästinas zu machen. Die Kommission legte schließlich folgenden Plan vor:

- Beendigung des britischen Mandats zum 15. Mai 1948
- Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und arabischen Staat
- Verwaltung von Jerusalem unter UN-Mandat
- Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen

Der UN-Teilungsplan vom 29. November 1947 (Abb. UN-Teilungsplan von 1947) orientierte sich in weiten Teilen an dem der Peel-Kommission, vergrößerte allerdings das Gebiet des jüdischen Staates beträchtlich, wenn auch hauptsächlich um große Teile der Wüstenregion des Negev. Knapp 60 Prozent

Palästinas sollten dem jüdischen Staat gehören – bei einem Bevölkerungsanteil von 40 Prozent und einem Landbesitz von bislang 10 Prozent. Im Gebiet des zukünftigen jüdischen Staates stellten zudem die Araber in großen Teilen die Bevölkerungsmehrheit. Ein mehr als problematischer Plan, der von der Jewish Agency angenommen wurde, nicht aber von den Arabern.

Dass die angestrebte friedliche Umsetzung des Teilungsplanes von Beginn an zum Scheitern verurteilt war, lag zum einen an der mangelnden Unterstützung durch Großbritannien und zum anderen an der arabischen Ankündigung, eine jüdische Staatsgründung notfalls gewaltsam verhindern zu wollen. Bereits unmittelbar nach Verabschiedung des Teilungsplanes eskalierten die Auseinandersetzungen in Palästina weiter – Terror wurde mit Gegenterror beantwortet. Jede Seite versuchte sich für den zu erwartenden Krieg nach Ende des britischen Mandats in eine möglichst vorteilhafte Position zu bringen und Gebietsansprüche so früh wie möglich auch militärisch zu untermauern. In diese Zeit fallen beispielsweise die Eroberungen von Haifa und Tiberias durch Einheiten der Haganah, des paramilitärischen Arms der Juden in Palästina.



**Plan der Peel-Kommission 1937**

- Vorgeschlager jüdischer Staat
- Vorgeschlager arabischer Staat
- Gebiet unter britischem Mandat



**Plan der Woodhead-Kommission 1938**

- Vorgeschlager jüdischer Staat
- Vorgeschlager arabischer Staat
- Gebiet unter britischem Mandat

Der UN-Teilungsplan hatte aber nicht nur die Grenzen der zukünftigen Staaten vorgezeichnet, sondern auch das Ende des britischen Mandats festgelegt – ein von den Briten herbeigesehntes Datum, denn weder waren sie willens noch in der Lage, die Situation im Lande zu kontrollieren, geschweige denn zu beruhigen. Neben der Organisation und Stärkung der paramilitärischen Einheiten trieb die jüdische Führung nun die konkreten Vorbereitungen für die Staatsgründung voran: Anfang April 1947 wurde mit dem 37-köpfigen Provisorischen Volksrat ein Parlament und mit der 13-köpfigen Volksleitung eine vorläufige Regierung eingesetzt.

### »Eine Deklaration der Staatsgrenzen ist unnötig«

Ein interessantes Detail sind in diesem Zusammenhang die Erinnerungen von David Ben Gurion bezüglich der Diskussionen über die Frage des Staatsgebietes in der Unabhängigkeitserklärung (nachzulesen in David Ben Gurion: Israel. Ein Staatsgründer erinnert sich. Frankfurt/Main 1998, S. 52 ff.). Während ein Teil der Verantwortlichen sich explizit bei der Nennung des Staatsgebietes auf den UN-Teilungsplan beziehen wollte, lehnte Ben Gurion dies mit dem Vergleich ab: »In der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika kommt eine

Beschreibung des Territoriums nicht vor. Eine Deklaration über die Grenzen des Staates ist unnötig. Wir kennen sie nicht. Wir haben den Beschluß der UNO angenommen, die Araber nicht. Sie bereiten sich auf einen Krieg gegen uns vor. Wenn wir ihren Angriff zum Scheitern bringen und Obergaliläa oder die Straße nach Jerusalem zu beiden Seiten erobern, werden diese Gebiete zum Staat gehören. Wir dürfen uns nicht festlegen.« Dieses Zitat zeigt, dass auch die zionistische Führung dem UN-Teilungsplan keine echte Chance einräumen wollte und in ihm nur die historische Chance sah, mit der Beendigung des britischen Mandats die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

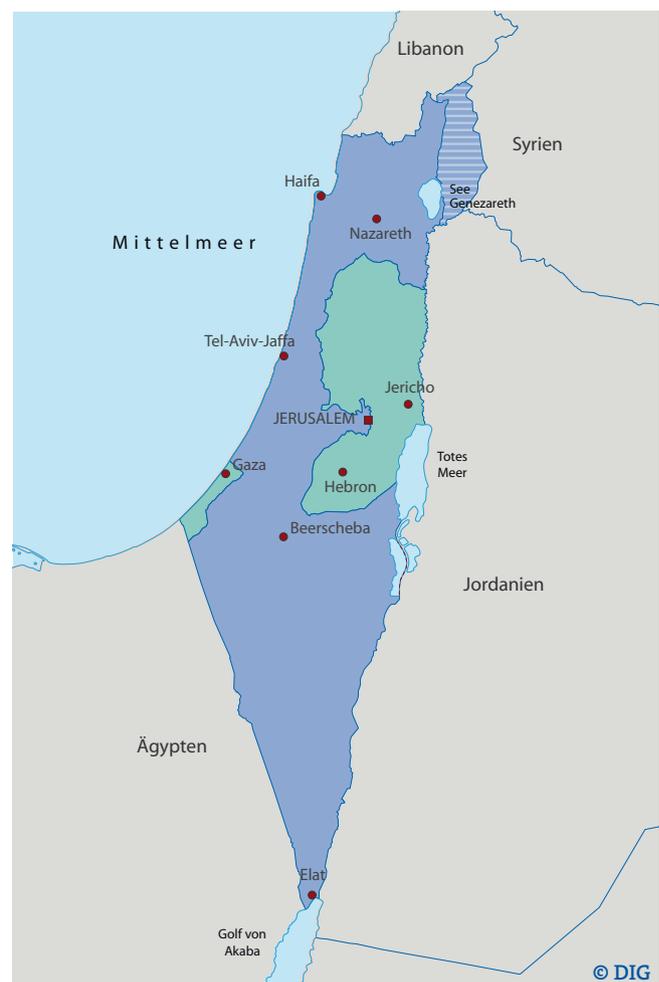
Mit dem UN-Teilungsplan war die Gründung eines eigenen, lebensfähigen jüdischen Staates zum Greifen nah. Auch wenn die im UN-Teilungsplan genannte territoriale Aufteilung sich angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den angreifenden arabischen Staaten einerseits und dem gerade erst gegründeten jüdischen Staat andererseits schnell als Makulatur erwies: Die Beendigung des britischen Mandats durch den UN-Teilungsplan war der unmittelbare Auslöser für die Staatsgründung Israels.

Martin Röbke



UN-Teilungsplan 1947

- Vorgeschlagener jüdischer Staat
- Vorgeschlagener arabischer Staat
- Internationalisierte Zone



Israel und Palästina 2017

- Israel
- Golanhöhen
- Palästinensisches Autonomiegebiet

# »Wir leben im Paradies«



**Sara Zoabi, muslimische Araberin und Israelin, sorgte beim Israeltag in Stuttgart für Jubel.**

*Foto: Thomas Bernhard*

Die muslimische Araberin Sara Zoabi bezeichnet sich selbst als israelische Patriotin. Auf dem diesjährigen Israeltag in Stuttgart hielt sie eine flammende Rede über ihre Liebe zum jüdischen Staat. Neben viel Applaus gab es jedoch auch wüste Drohungen und Beleidigungen durch BDS-Aktivisten, die gegen das Fest protestierten.

**M**ein Name ist Sara Zoabi. Ich definiere mich selbst als eine stolze Zionistin, Israelin, Araberin, Muslima. Für mich bedeutet Zionismus, dass ich an das Recht des jüdischen Volkes auf ein eigenes Land glaube, welches der Staat Israel im Heiligen Land ist.« Mit diesen Worten begann Sara Zoabis Rede auf dem Israeltag in Stuttgart am 17. Mai 2017, wo sie neben DIG-Präsident Hellmut Königshaus, dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Stuttgart, Michael Kashi, und anderen als Sprecherin geladen war. Rund 200 Besucher

bejubelten dort ihre Worte. Es war nicht das erste Mal, dass sie sich vor breitem Publikum zum Zionismus bekannt hat. Seit 2015 spricht sie öffentlich über ihre Liebe zu Israel. Zum israelischen Unabhängigkeitstag 2017 veröffentlichte Sara Zoabi ein Video auf YouTube, in dem sie sich für den jüdischen Staat ausspricht und die israelischen Araber dazu auffordert, loyale Staatsbürger zu werden. Als Reaktion auf dieses Video wurde sie von ihrer Familie verstoßen, was bedeutet, dass sie vogelfrei ist. Familienmitglieder wurden aufgefordert, die Familienehre wiederherzustellen – von vielen radikalen Muslimen wird dies als Tötungsauftrag verstanden.

## **Permanente Morddrohungen**

Kurz darauf brach sie zusammen mit dem in Israel lebenden Journalisten Oliver Vrankovic zu einer einwöchigen Vortragsreise durch Deutschland auf. Denn Sara Zoabi lässt sich auch durch massive Bedrohungen nicht von ihren Ansichten abbringen. Während der gesamten Reise erhielt sie permanent Morddrohungen von israelischen Arabern – aber auch viel Zuspruch von Muslimen, die so denken wie sie, selbst jedoch nicht wagen,

sich öffentlich für Israel auszusprechen. Sara Zoabi erklärt ihren Zionismus nicht mit abstrakten Theorien oder mit der Schoa, sondern leitet ihre Liebe zu Israel von ihren Freiheiten und Rechten ab, die sie in keinem arabischen Staat hätte. Und auch von ihrem Glauben: Sie verweist darauf, dass das Heilige Land den Juden im Koran versprochen ist. Für sie stellt der Zionismus keinen Widerspruch zu ihrer Religion dar, er leitet sich vielmehr daraus ab.

### Sohn im Visier der Hamas

Vor drei Jahren erregte nicht Sara, sondern ihr Sohn Mohammed Zoabi landesweit Aufmerksamkeit. Als im Juni 2014 drei israelische Jugendliche von Anhängern der Hamas entführt wurden, wandte sich der damals 16-jährige via Facebook an die Geiselnnehmer, um die Freilassung seiner Altersgenossen zu fordern. »Bringt sie zurück und ihr bringt sie besser jetzt zurück,« waren die Worte, die Mohammed Zoabi in die Webcam sprach. Er konnte mit seinem Aufruf ein starkes Zeichen setzen, die Jugendlichen wurden aber kurze Zeit später tot aufgefunden. Sara Zoabis Sohn geriet selbst in das Visier der Hamas und musste das Land verlassen. Als er von Journalisten befragt wurde, wie er zu dieser für einen jungen Araber zumindest in der Öffentlichkeit recht seltenen Meinung über Israel kommt, erklärt er: »Das hat meine Mutter mir beigebracht.«

### Live-Bekanntnis bei populärer Koch-Show

Als Journalisten bei Sara zuhause waren, um über ihren Sohn zu berichten, wurden sie von der stolzen Mutter bekocht. Voller Begeisterung für ihre Kochkünste meldeten sie die Araberin bei der populären israelischen Kochshow »Master Chef« an. Bei einer Livesendung nutzte sie die Chance und wandte sich an die muslimischen Zuschauer. »Wir leben im Paradies. Vergleichen zu anderen Ländern, zu arabischen Ländern – wir leben im Paradies.« Dass diese Aussagen nicht nur auf Zuspruch stoßen würden, war Sara Zoabi bewusst. Doch öffentlich zu Israel, ihrer Heimat, zu stehen, sieht sie als ihre Berufung an. Das bewies sie erneut beim Israeltag in Stuttgart.

### Als »Verräterin« beschimpft

Wenn öffentlich die israelische Flagge gezeigt wird, verläuft dies selten ohne Protest. Doch kaum ein Israeltag – der jährlich in vielen deutschen Städten gefeiert wird – stieß auf so aggressive Feinde des Staates wie jetzt in Stuttgart. Der Grund dafür war Sara Zoabi. Eine Gruppe von zunächst zehn Aktivisten, angeführt von einer Deutschen im BDS-Shirt, versammelte sich neben dem Schlossplatz, auf welchem der Israeltag stattfand, um »für die palästinensischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen« zu singen. Zudem verteilte die Gruppe Flyer um »über den Apartheidstaat Israel« aufzuklären. Die Anhänger des BDS – Boycott, Disinvestment and Sanctions – verhielten sich den

**Die israelische Araberin bekennt sich klar zu ihrer Heimat und musste von einem starken Polizeiaufgebot vor einer Gruppe aggressiver BDS-Demonstranten geschützt werden.**

*Foto: Thomas Bernhard*

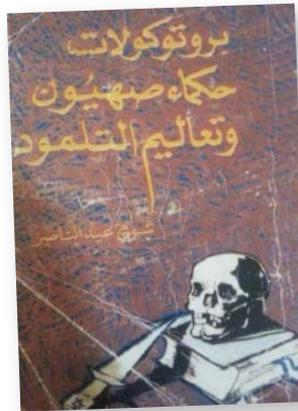
Großteil des Festes ruhig. Sie zeigten palästinensische Flaggen und versuchten Passanten von ihrer Ansicht zu überzeugen. Bis Sara Zoabi zu sprechen anging. Die Gruppe hatte sich zu dem Zeitpunkt auf etwa 35 Protestierende vergrößert, was auch der Polizei nicht entgangen war, die den Israeltag über die ganze Veranstaltung hin sicherten. Als Sara Zoabi mit Oliver Vrankovic, der ihre Rede übersetzte, die Bühne betrat, änderte sich die Stimmung der Aktivisten schlagartig. Sie saßen nicht mehr entspannt neben dem Schlossplatz, sondern versuchten, so nah wie möglich an die Rednerin heranzukommen. Eine gläubige muslimisch-arabische Zionistin mit Kopftuch, die in Israel lebt, erschien ihnen als der größte Verrat. Kurz vor dem Beginn ihres Auftritts fügte Zoabi ihrer Rede noch einen Teil hinzu. In diesem wandte sie sich direkt an die arabischen BDS-Unterstützer vor Ort. Als sie die Israelfeinde auf Arabisch ansprach, drohte die Situation zu eskalieren. Die Polizei musste mit zwei Reihen Beamter Sara Zoabi davor schützen, dass der Mob auf sie losging. Sie hielt die israelische Flagge hoch und forderte die Araber auf Arabisch auf, den Boykott und den Hass auf Israel zu beenden und Brücken zwischen Juden und Arabern zu bauen. Doch diese Worte wurde nur mit gestrecktem Mittelfinger und Beleidigungen beantwortet. »Verräterin« riefen die Pro-Palästina-Aktivisten und dass sie ihre Ehre an die Juden verkaufe. Es war deutlich, dass sie die Kombination von Islam und Zionismus für unmöglich halten.

### Auftritte nur unter Polizeischutz möglich

Bis zum Ende der Feierlichkeiten blieben Polizisten in Uniform und in Zivil in Zoabis Nähe, um sie vor Angriffen zu schützen. Sie zeigte die Aktivisten zudem wegen Beleidigung an. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt. Auch die anderen Veranstaltungen von Sara Zoabi und Oliver Vrankovic in Deutschland mussten von der Polizei geschützt werden. Weitere Vorfälle gab es jedoch nicht. Sara möchte bald wieder nach Deutschland kommen, um sich für Israel und ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Arabern einzusetzen.

**Maxine Bacanji**





Antisemitische Bücher sind in vielen islamischen Ländern seit Jahrzehnten Bestseller und schüren den Hass gegen Juden und Israel.

Fotos: privat

# Antisemitismus in der islamischen Welt

Hierzulande wird verhalten darüber diskutiert, ob antisemitische Einstellungen unter Muslimen weiter verbreitet seien als beim Rest der Bevölkerung. Die bereits vorliegenden Studien seien unzureichend oder nicht belastbar, obwohl sie alle zuverlässig zu denselben Ergebnissen kommen: Dass die Zustimmungswerte zu judenfeindlichen Äußerungen unter Muslimen – egal welcher Altersgruppe oder Gesellschaftsschicht – signifikant höher sind, auch im Vergleich mit anderen Migrantengruppen.

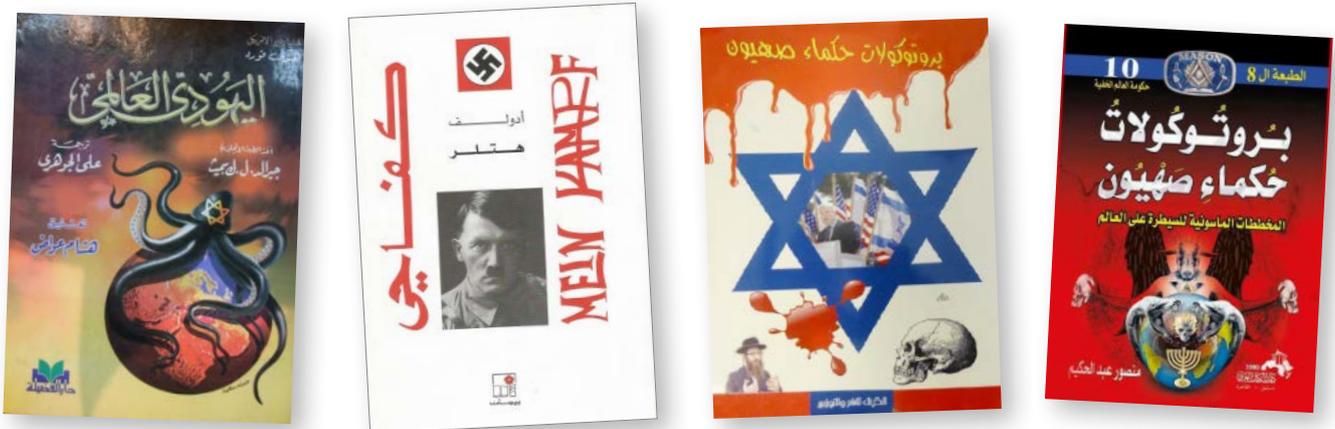


Kasim Hafeez (rechts), Brite pakistanischer Abstammung, wurde als jugendlicher islamistisch geprägt und machte einen jahrelangen Umdenkprozess durch. Heute bezeichnet er sich als muslimischer Zionist und setzt sich leidenschaftlich für Israel ein.

**E**in Blick in die Studie »Global 100« der Anti Defamation League (ADL) von 2014 zeigt, dass überdurchschnittlich viele Menschen in Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung an eine jüdische Weltherrschaft glauben. Anhand von elf Fragen, die man mit »wahrscheinlich richtig« oder »wahrscheinlich falsch« beantworten konnte, wurde die Verbreitung antisemitischer Einstellungen gemessen. Die meisten der Fragen zielten auf verschwörungstheoretische Einstellungsmuster: Juden hätte zu viel Kontrolle über weltpolitische Angelegenheiten; Juden hätten zu viel Macht über die Medien weltweit, Juden wären für die meisten Kriege auf der Welt verantwortlich und so weiter. In den Ländern der islamischen Welt haben im Durchschnitt 74 Prozent der Menschen sechs oder mehr dieser elf Aussagen zugestimmt. Den niedrigsten Wert verzeichnete der Iran mit 56 Prozent, den höchsten erzielten die Palästinensergebiete mit 93 Prozent.

### Die Propaganda schürt den Hass

Eine populäre, aber völlig unreflektierte Erklärung dafür ist eine verdrehte Darstellung der Staatsgründung Israels: Den Arabern sei auf brutale Weise ihr Land weggenommen worden, und deswegen seien die Muslime berechtigterweise aufgebracht. Eine Staatsgründung, die in keiner Facette unrechtmäßiger



Stark verbreitet sind die Verschwörungstheorie »Die jüdische Gefahr – Die Protokolle der Weisen von Zion« und Hitlers »Mein Kampf« auf Arabisch.

oder blutiger verlaufen ist als andere, soll die Dämonisierung der Juden in arabischen Zeitungen, Schulbüchern, Internetforen, Seifenopern und politischen Reden rechtfertigen – auch in Ländern fernab des Konfliktherdes. Dabei verhält es sich gerade umgekehrt: Die Propaganda schürt den Hass, nicht der Hass die Propaganda. Sie schafft völlig falsche Vorstellungen in den Köpfen der Menschen. In arabischen Schulbüchern gibt es keinen Holocaust, und auf den Landkarten in der Regel kein Israel. Fragt man arabische oder auch iranische, afghanische oder pakistanische Flüchtlinge, wie groß Israel sei, schätzen sie es meist auf ein Vielfaches ihres Herkunftslandes. Dabei ist Israel einschließlich der Palästinensergebiete mehr als 56-mal kleiner als der Iran.

### Vom Islamisten zum Zionisten

Nun wäre Europa für Millionen von Flüchtlingen aus entsprechenden Ländern der perfekte Ort, ihre Vorurteile zu reflektieren, wenn der Kontinent nicht bis zum Hals im Sumpf seines eigenen Antisemitismus stecken würde. Die besagte ADL-Studie ergab für Deutschland einen erschreckenden Wert von 27 Prozent, während Griechenland mit 69 Prozent sogar weit über dem Iran liegt. Dabei sind in Europa antiisraelische Einstellungen, die in der Studie gar nicht abgefragt wurden, noch viel weiter verbreitet und absolut gesellschaftsfähig. In manchen Fällen kann beobachtet werden, dass die Kinder und Enkel von Migranten aus der islamischen Welt in Europa noch antisemitischer eingestellt sind als ihre Eltern. Ein Beispiel dafür ist Kasim Hafeez, dessen Großeltern aus Pakistan nach England emigrierten. Er lebt heute in Kanada und setzt sich für Israel und gegen Antisemitismus ein. Als Jugendlicher, der mit einer pakistanischen Terrororganisation sympathisierte, nahm er früher an antiisraelischen Demonstrationen teil und wundert sich heute: »Da stand ich nun in London, mitten in einer europäischen Hauptstadt, skandierte ›Tod Israel‹, und niemand tat etwas dagegen.« Weiter erzählt er: »Was mich am meisten radikalisiert hat, war meine Studienzeit an einer britischen Uni.« Kasim machte einen jahrelangen Umdenkprozess durch, in dem ein Buch von Alan Dershowitz und eine Reise nach Israel entscheidende Rollen spielten. Sehr viel lauter, als er damals auf der Straße Israel den Tod gewünscht hat, verkündigt er heute auf Konferenzen, im Fernsehen und in den sozialen Medien von ganzem Herzen: »Am Yisrael Chai!«

### Antisemitismus – ein islamisches und europäisches Problem

Geschichten wie die von Kasim sollten das Modell der Stunde sein, denn sie zeigen die ganze Bandbreite der Problematik inklusive möglicher Lösungsansätze. Sie zeigen auch, wie »Bildung« in der Antisemitismusbekämpfung sowohl förderlich als auch kontraproduktiv sein kann, weil Bildung nicht gleich Bildung ist, wie beispielsweise Untersuchungen des Israelbildes in deutschen Schulbüchern schon seit Jahrzehnten zeigen. Leute wie Kasim, von denen es gar nicht so wenige gibt, können einen interessanten Einblick in den Antisemitismus ihrer Herkunftsländer und Europa geben. Sie haben in der Regel beides reflektiert, wohingegen zum Beispiel in Deutschland zu beobachten ist, dass häufig Israel mit den Nazis in einem Atemzug genannt wird. Das heißt, der »klassische« Antisemitismus ist geächtet, während der »moderne« Hochkonjunktur feiert. Die jeweils salonfähige Form des Antisemitismus ist ein Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen. In weiten Teilen der arabischen Welt kann man als deutscher Tourist auf Unverständnis stoßen, wenn man einen freudigen Hitlergruß nicht erwidert. In Europa bekommt man für die Behauptung, israelische Rabbiner wollten palästinensisches Wasser vergiften lassen, Standing Ovationen. Über ersteres sind wir vorübergehend dezent irritiert, bei letzterem klatschen wir mit, obwohl es genauso abgrundtief antisemitisch ist. Insofern ist den Forderungen zuzustimmen, nach denen Europa genug vor der eigenen Haustür zu kehren habe und nicht mit dem Finger auf Muslime zeigen solle. Aber man kann das eine tun ohne das andere zu lassen. Der Blick in den Spiegel ist aber unbedingte Voraussetzung für eine faire Auseinandersetzung mit Antisemitismus unter Muslimen.

**Carmen Shamsianpur**  
(bis vor ihrer Heirat Matussek)  
ist Islamwissenschaftlerin,  
Historikerin und Publizistin.  
2016 erschien im SCM Hänssler  
Verlag ihr Buch »Israel, mein  
Freund – Stimmen der Versöhnung  
aus der islamischen Welt«.





# Jugendbegegnungen zwischen Waisen und Halbwaisen

Die Europäische Janusz Korczak Akademie (EJKA) organisiert Begegnungen von Waisen und Halbwaisen aus Israel, Europa und Nordamerika, an denen Jugendliche und junge Erwachsene teilnehmen können, die ihre Eltern oder ein Elternteil durch Terror, Krieg oder Naturkatastrophen verloren haben. Im Dezember 2017 wird der nächste Austausch stattfinden.

Jugendliche Waisen aus Israel besuchten das Jüdische Zentrum München. In der Mitte: Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Schirmherrin und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und Eva Haller, Präsidentin der Europäischen Janusz Korczak Akademie.

Fotos: EKJA



**A**usgangspunkt der Jugendbegegnungen war der Besuch einer israelischen Jugendgruppe in München im Sommer 2013. Die Gruppe war von der Israeli Defence Forces Widows and Orphans Organization (IDFWO) geschickt worden, einer Non-Profit-Organisation, die Waisen und Halbwaisen betreut. Die IDFWO ist eine vom Staat Israel anerkannte Institution, die sich um Jugendliche kümmert, die Vater, Mutter oder beide Eltern bei Terroranschlägen, Kampfhandlungen oder Naturkatastrophen verloren haben und teilweise hoch traumatisiert sind.

## Offen auch für nichtjüdische Teilnehmer

Der Besuch ließ bei der EJKA den Gedanken entstehen, einen Jugendaustausch durchzuführen, an dem auch von deutscher Seite junge Menschen – jüdische und nicht-jüdische Jugendliche – beteiligt werden sollten, die ähnliche Schicksale erlitten hatten wie ihre israelischen Altersgenossen. Als Partner vor Ort wurde die Münchner Nicolaidis-Stiftung gewonnen, eine gemeinnützige Organisation, die für die Belange junger Witwen und Witwer eintritt. Gemein-

sam entwickelte man ein Konzept, demnach ein durch Fachkräfte betreuter Austausch zwischen München und Israel für Jugendliche ab 16 Jahren und junge Erwachsene durchgeführt werden sollte. Die deutschen Teilnehmer sollten sich dabei jeweils zur Hälfte aus jungen Leuten jüdischen und nicht-jüdischen Glaubens zusammensetzen. Ebenso sollten auch nicht vom Schicksal betroffene Jugendliche und ihre Familien einbezogen werden, um der Idee der Inklusion eine Basis zu geben und Empathie und Respekt auf allen Seiten zu fördern.

## Erster Jugendaustausch im Sommer 2014

Die erste Jugendbegegnung fand in München im Sommer 2014 statt. Die israelischen Waisen und Halbwaisen wurden von Mitgliedern der Nicolaidis-Stiftung und Eltern aus dem Umfeld der EJKA aufgenommen und von qualifizierten Fachkräften betreut. Der Austausch war für alle Beteiligten ein wunderbares Ereignis. Zum Programm gehörten eine Autogrammstunde mit Fußballstar Thomas Müller, ein Mittagessen in der Israelitischen Kultusgemeinde mit Schirmherrin Charlotte Knobloch, ein Tag in Berchtesgaden mit Besuch des NS-Dokumentationszentrums Obersalzberg, außerdem Besichtigungen der Allianz-Arena und der BMW-Welt, sowie Einladungen in den bayrischen Landtag und in das israelische Generalkonsulat München. Auch ein Tag in den Bergen mit einem Besuch auf einem Bauernhof stand auf dem Programm. Für die jungen Leute aus Israel war es wohlthuend, einige Tage jenseits der seinerzeit extrem angespannten Situation in ihrer Heimat zu verbringen, die unter ständigem Raketenbeschuss aus Gaza litt. Zwischen den Jugendlichen entstanden Freundschaften geschlossen und die beteiligten Organisationen beschlossen die Fortsetzung der Jugendbegegnungen in den kommenden Jahren.

## Auf den Spuren der jüdischen Identität

Im Sommer 2016 wurde das 500-jährige Jubiläum des Judenghettos von Venedig zum Anlass genommen, mit einer deutsch-israelisch-amerikanischen Jugendgruppe die Geschichte jüdischer Ghettos genauer zu betrachten und – von Deutschland aufbrechend – auf eine Drei-Länder-Reise zu gehen, um Spuren jüdischen Lebens und dessen Geschichte in der Tschechischen Republik, Österreich und Italien zu untersuchen. Unter dem Motto »Jewish Heritage Teen Travel« reisten insgesamt 30 junge Leute im Alter von 15 bis 19 Jahren von München aus nach Prag, Wien und Venedig, wobei sie unter anderem auch die Gedenkstätten in Terezin und Mauthausen besuchten.

## Europäische Janusz Korczak Akademie

Die Europäische Janusz Korczak Akademie (EJKA) wurde im Jahr 2009 in München gegründet. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt liegt auf der Förderung jüdischer Jugend- und Erwachsenenbildung sowie auf interreligiösem Dialog. Die Akademie verfügt über drei Bildungszentren, sogenannte Janusz-Korczak-Häuser, in München, Berlin und Duisburg.

Namensgeber Janusz Korczak (1878 – 1942) war ein polnischer Arzt, Kinderbuchautor und Pädagoge. Er führte in Warschau ein jüdisches Waisenhaus und begleitete dessen Kinder beim Transport ins Vernichtungslager Treblinka im Sommer 1942, was auch für ihn selbst den Tod bedeutete. Janusz Korczak forderte schon 1919 Grundrechte für Kinder, wie sie 70 Jahre später, am 20. November 1989, als Kinderrechtskonvention von den Vereinten Nationen beschlossen wurden.

Das Selbstverständnis der Akademie beruht auf dem Bildungsideal, zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Menschen sowie einem tieferen gesellschaftlichen und politisch-historischen Verständnis beizutragen und Vorurteile abzubauen. Sie steht in der klassischen jüdischen Bildungs- und Lehrtradition, die sich durch einen intensiven Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden und die Ermutigung zu kritischen Nachfragen auszeichnet.

Die Akademie nimmt die Spur von Janusz Korczak auf und begibt sich auf die Suche nach Antworten, die den Einzelnen, die Familie und die Gesellschaft in Bewegung bringen. Im Sinne von »Tikkun Olam« – Reparatur der Welt durch Bildung und Erziehung – veranstaltet sie Seminare und Projekte zu Themen wie jüdisches Leben in Deutschland, Erinnerung an den Holocaust, Kampf gegen Antisemitismus, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, Israel im Kontext der deutsch-israelischen Beziehungen und zur Janusz-Korczak-Pädagogik der Kinderrechte.



**Namensgeber Janusz Korczak mit Kindern seines Waisenhauses in Warschau.**

Die Eindrücke wurden bei abendlichen Nachbesprechungen reflektiert, wobei auch danach gefragt wurde, welche Bedeutung der Holocaust und Antisemitismus für die eigene jüdische oder nicht-jüdische Identität haben.

## Nächster Austausch im Dezember 2017 in München

Der nächste Jugendaustausch wird im Dezember 2017 wieder in München stattfinden. Einige Teilnehmer haben ein besonders schweres Schicksal, daher werden sie von qualifizierten Betreuern aus Israel und Deutschland begleitet. Einzigartig an dem Projekt ist, dass erstmalig in der Geschichte beider Nationen gemeinsame Trauerarbeit über verstorbene Angehörige möglich sein wird. Aufgrund der Täter-Opfer-Beziehungen wären solche Begegnungen in vorherigen Generationen unvorstellbar gewesen. Auf dem Programm stehen Besuche von Schulen, Museen, dem Münchner

NS-Dokumentationszentrum, aber auch Freizeitaktivitäten wie die Night of the Proms in der Olympiahalle und ein Ausflug in die Alpen. Ebenso sind zahlreiche Treffen vorgesehen, unter anderem mit dem Münchner Oberbürgermeister Josef Schmidt, der israelischen Generalkonsulin Sandra Simovich und dem DIG-Vorsitzenden von Augsburg-Schwaben, Dr. Hans Schurk. Schon vor der Begegnung werden in Israel und Deutschland spezifische Vorbereitungsseminare stattfinden. Die deutschen Teilnehmer werden sich dabei unter anderem mit der Geschichte der Juden in Deutschland, dem Gedenken an die Schoa sowie mit dem Land Israel, seiner Geschichte und mit dem heutigen Leben junger Menschen dort befassen. Auch eine eigene Facebook-Seite ist geplant, auf der die Teilnehmer ihre Erlebnisse festhalten und mit Freunden teilen können.

**Jürgen Sterzenbach**

# House of One

## Drei Religionen unter einem Dach

In Berlin entsteht etwas weltweit Einmaliges: Juden, Christen und Muslime bauen gemeinsam ein Haus, unter dessen Dach sich eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee befinden – ein Haus des Dialogs, der Verständigung und des Friedens.



Architekturansicht des House of One, für dessen Bau rund 40 Millionen Euro veranschlagt werden. Zur Finanzierung werden weltweit Spendengelder akquiriert. 2019 soll der Grundstein gelegt werden.

Visualisierungen: Davide Abbonacci, Kuehn Malvezzi

**U**nsere Welt braucht dringender denn je Orte des Friedens. Martin Luther King sagte es einst in Berlin: Orte, an denen aus dem »Berg der Verzweiflung Steine der Hoffnung geschlagen werden«; Orte, an denen wir lernen, in unserem »einen Welthaus« gemeinsam zu leben.

Bereits 2011 haben sich Juden, Christen und Muslime in Berlin auf den Weg gemacht, für eine Verständigung unter den Religionen ein völlig neuartiges, so noch nie errichtetes Sakralgebäude gemeinsam zu planen, zu bauen und mit Leben zu füllen. Im Herbst 2016 schließlich wurde die Stiftung House of One gegründet, unter deren Trägerschaft auf dem Berliner Petriplatz in den nächsten Jahren ein Bet- und Lehrhaus entsteht, in dem öffentlich und für jeden frei zugänglich Juden, Christen und Muslime ihre Gottesdienste feiern und unter Einbeziehung der mehrheitlich säkularen Stadtgesellschaft einander kennenlernen und den Dialog miteinander suchen können.

Die Initiatoren des Projekts – die Evangelische Kirchengemeinde St. Petri-St. Marien, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Abraham Geiger Kolleg sowie das Forum Dialog – stehen jeweils stellvertretend für ihre Religion, beanspruchen allerdings keine Ausschließlichkeit: Auch andere Institutionen oder Gruppierungen sind eingeladen, sich zu beteiligen, um die Vielfalt des Lebens der drei monotheistischen Religionen darzustellen. Das House of One ist daher ein Haus für liberale und orthodoxe Juden, für evangelische, katholische und orthodoxe Christen und für Sunniten, Schiiten und Aleviten. Alle sind eingeladen, auch die, die den Religionen fernstehen oder ihnen mit Skepsis begegnen.

### Der Ort

Am Petriplatz entstand, was sich zur heutigen Metropole Berlin entwickeln sollte. Im 13. Jahrhundert lag hier der Gründungsort der mittelalterlichen Doppelstadt Berlin-Cölln. Acht Jahrhunderte lang standen hier Kirchen, bis die letzte hier errichtete, während des Zweiten Weltkriegs beschädigte Petrikirche 1964 auf Anordnung der DDR-Behörden abgerissen und stattdessen ein Parkplatz angelegt wurde. Seither war dieser Platz ein verlorener Ort – 40 Jahre lang. Dank archäologischer Grabungen in den

Jahren 2007 bis 2009 wurde der Stadt die immense Bedeutung dieses Berliner Uortes wieder ins Bewusstsein gebracht. Unter dem Pflaster legten die Archäologen Überreste einer Lateinschule frei, hoben insgesamt 220.000 Funde aus der Historie Berlins, darunter Fundamente und Steine von drei Petrikirchen. Jahrhunderte lang war dies also ein Ort der Religion und des Lernens gewesen.

Berlin ist eine Stadt, in deren Geschichte großes Gelingen, Auf- und Abbrüche sowie unermessliche Schuld eingeschrieben sind. Die Emanzipation der Juden um 1800 und der Versuch ihrer Vernichtung von 1933 bis 1945, der Mauerbau 1961 als Symbol einer geteilten Welt und der friedliche Mauerfall 1989. Mit dem House of One entsteht nun auf den Fundamenten der alten Petrikirchen ein sakrales Haus mehrerer Religionen, das dieser Geschichte einen neuen, hoffnungsvollen Aufbruch hinzufügen wird.

### Die Architektur

Dem Selbstverständnis der drei Religionen folgend wird die Raumgestalt des Neubaus so beschaffen sein, dass jede der Religionen einen eigenen, separaten Gottesdienstraum nutzen kann. Hinzu kommt in seiner Mitte ein zentraler Raum der Begegnung und des Lernens. Unvermischt und zugleich in respektvollem Miteinander ist der Neubau Synagoge, Kirche und Moschee unter einem Dach. Als zeitgemäßer Ausdruck des religiösen Lebens wird das House of One in einer modernen Architektursprache errichtet. Kein Kongresszentrum, kein Bürobau, sondern ein spirituell ansprechendes Bauwerk, ein Haus, das der Erhabenheit, Stille, Fremdheit und Schönheit einer anderen, transzendenten Wirklichkeit Raum gibt.

In einem internationalen Architekturwettbewerb 2012 überzeugten die renommierten Architekten Kuehn Malvezzi die Jury mit ihrem Entwurf für das House of One. Dessen Grundidee ist die Verschiedenheit von innen und außen: außen der einheitliche, im Stadtbild auffallende skulpturale Baukörper, innen die Vielfalt der Raumformen, die es wie eine kleine Stadt zu entdecken gilt: Synagoge, Kirche und Moschee ordnen sich auf den alten Kirchenfundamenten um einen zentralen, gemeinsamen Kuppelsaal; den Abschluss nach oben hin bildet eine Stadtloggia.



### Weltweite Spendenkampagne

Damit der Bau des House of One ab 2019 begonnen werden kann, startete 2014 eine weltweite Spendenkampagne, die alle Spender zu Mit-Erbauern des Hauses macht: Wer 10 Euro spendet, trägt einen symbolischen Stein bei.

Obwohl der Grundstein für das House of One noch nicht gelegt wurde, ist es schon jetzt ein Haus voller Leben, mit Partnerschaften in aller Welt, mit Veranstaltungen und Schulprojekten, die erfahrbar machen, dass Religionen in ihrem Kultus und im Austausch mit Wissenschaften, Kunst und Kultur eine Bereicherung sein können. Greuelthaten, die unter Berufung auf die Religionen begangen werden, setzt das House of One ein Modell eines anderen, friedlichen Miteinanders entgegen.

**Andrea Fußstetter**

[www.house-of-one.de](http://www.house-of-one.de)



Ein in der deutschen Fernsehgeschichte bisher einmaliger Vorgang: Der Dokumentarfilm »Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa« wurde vom WDR erst nach langem Zögern und dann wegen angeblicher Mängel mit redaktionellen Anmerkungen ausgestrahlt.

Screenshot: [daserste.de](http://daserste.de)

## Das Problem heißt Antisemitismus

In vielen deutschen Medien herrscht eine systematische Asymmetrie zulasten Israels. Das ist zwar keine neue Erkenntnis, wurde in der jüngeren Vergangenheit aber vor allem am Umgang mit einer Dokumentation über den Antisemitismus in Europa und an der Berichterstattung über antisemitische Gewalt am Tempelberg noch einmal besonders deutlich.

**W**ann ist es je vorgekommen, dass das öffentlich-rechtliche, also gebührenfinanzierte Fernsehen eine Dokumentation in Auftrag gibt, sich dann aber zunächst standhaft weigert, sie auszustrahlen, um sie schließlich doch zu senden – allerdings nur mit zahlreichen redaktionellen Warnhinweisen und begleitet von einem umfänglichen »Faktencheck« im Internet, der eine Distanzierung, ja, Desavouierung darstellt? Vermutlich noch nie – bis Joachim Schroeder und Sophie Hafner ihren Film »Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa« vorlegten. Der war für Arte produziert und von der zuständigen, zum WDR gehörenden Redakteurin abgesegnet worden. Doch dann bekam der deutsch-französische Kultursender kalte Füße und mit ihm der WDR. Zu proisraelisch und zu islamkritisch war ihnen die Doku, außerdem fanden sie, an vielen Stellen – etwa bei der Kritik an der Medienberichterstattung über Israel und an der Arbeit von NGOs im Nahen Osten – sei zu Unrecht Antisemitismus festgestellt worden.

Kurzum: Den Sendern passte die politische Stoßrichtung des Films ganz und gar nicht. Also wollten sie ihn nicht zeigen.

Doch als die Bild-Zeitung ihn einfach online stellte, nachdem viele nicht verstehen konnten, warum er dem Publikum vorenthalten werden sollte, kamen Arte und der WDR unter Zugzwang. Schließlich wurde »Auserwählt und ausgegrenzt« doch noch ins Programm gehoben – aber nur mit der erwähnten Kommentierung, die man sonst nur rechtsradikalen Werken wie Hitlers »Mein Kampf« angedeihen lässt. Offenkundig hält man eine Dokumentation, die nicht nur den klassischen rechtsradikalen Judenhass, sondern auch den Antisemitismus linker, bürgerlicher sowie islamischer Provenienz ins Visier nimmt, dabei die »Israelkritik« ins Zentrum stellt und Ross und Reiter nennt, für ähnlich gefährlich.

Der skandalöse Umgang von Arte und dem WDR mit Schroeders und Hafners Film lässt noch einmal besonders deutlich werden, woran hierzulande die Berichterstattung über den Antisemitismus und den jüdischen Staat krankt. »Israelkritik« ist en vogue, auch und nicht zuletzt in vielen Medien, und wer ihren antisemitischen Kern freilegt oder gar Partei für Israel ergreift, kann sich auf etwas gefasst machen. Wie stark die mediale Schlagseite zulasten des jüdischen Staates ist, hat

**Was den Antisemitismus heute vor allem prägt, sind die Dämonisierung und Delegitimierung Israels sowie die Doppelstandards, die an das Land angelegt werden. Zahlreiche Medien in Deutschland sind diesbezüglich ein Teil des Problems. Und mit dafür verantwortlich, dass hierzulande mindestens 40 Prozent der Bevölkerung dem israelbezogenen Antisemitismus zustimmen.**

beispielsweise die Linguistin Monika Schwarz-Friesel deutlich gemacht, die an der TU Berlin seit Jahren zum Israelbild in deutschen Medien forscht. »Wir haben die Berichterstattung über den Nahen Osten mit Artikeln über die Lage der Menschenrechte und Konflikte in anderen Ländern verglichen, wie Russland, China, Saudi-Arabien und Nordkorea«, sagte sie im Sommer 2014 in einem Interview gegenüber Zeit Online. Kaum ein Land schneide so schlecht ab wie Israel: »In den Artikeln finden sich ungewöhnlich viele NS-Vergleiche, es gibt ein sehr negatives Bild des Landes.«

#### Systematische Asymmetrie zulasten Israels

Festzustellen sei das vor allem in den Schlagzeilen, die bekanntlich eine besonders einprägsame Botschaft vermitteln. Insbesondere in Krisen- und Kriegszeiten wird Israel in den Überschriften permanent als Aggressor gebrandmarkt, wie Schwarz-Friesel festgestellt hat. Aber auch in den Texten selbst wird der jüdische Staat in die Täterrolle gedrängt, während die Palästinenser vor allem als Opfer vorkommen oder ihre Taten verharmlost werden. »Wenn Palästinenser beschrieben werden, greifen manche Autoren auf idealisierte Bilder wie die Olivenbäume, die Felder und die Schafherden zurück«, resümiert die Forscherin. Israelis dagegen stünden »oft im Zusammenhang mit extremen Verben, die Gewalt und Willkür ausdrücken – ›zerstören, angreifen, besetzen, befehlen.«

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch, als er eine Woche lang die Schlagzeilen jener Medienbeiträge auswertete, die sich während des Gaza-Krieges vor drei Jahren mit Kampfhandlungen beschäftigten. In einer Vielzahl von Fällen werde Israel als Angreifer dargestellt, der Hamas dagegen nur ausnahmsweise wenigstens eine Mitverantwortung zugeschrieben, urteilte er in der Jüdischen Allgemeinen. Es gebe eine »systematische Asymmetrie in der Darstellung der Akteure« zulasten Israels, urteilte Stefanowitsch. Der jüdische Staat (respektive seine Armee) werde überaus häufig als Verantwortlicher für eine Eskalation gezeichnet, als Selbstverteidigung seien seine Handlungen in den Überschriften der untersuchten Beiträge dagegen kein einziges Mal bewertet worden.

Schießt die Hamas Raketen aus dem Gazastreifen nach Israel, ist das deutschen Medien selten eine Meldung wert. Wenn dann aber die israelische Armee mit einem Gegenschlag reagiert, um Abschussrampen, Stellungen oder Munitionsdepots unschädlich zu machen, lautet die Schlagzeile regelmäßig:



**Forschungen der Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel belegen, dass deutsche Medien ein tendenziell negatives Israelbild vermitteln.**

»Israel greift erneut Gazastreifen an«. Es ist eine eklatante, absurde Verdrehung von Ursache und Wirkung. Und wenn der jüdische Staat einmal nicht direkt zum Täter gestempelt wird, ergehen sich viele Medien gerne in einer Äquidistanz, das heißt: Sie verbreiten die Ansicht, »beide Seiten« seien gleichermaßen schuld an einem Vorfall oder einer Entwicklung. Damit wird der demokratische Staat Israel auf die gleiche Stufe gestellt wie die Terrororganisation Hamas.

#### Die Rationalisierung von Hysterie

Diese Muster kehren immer wieder, zuletzt auch im Zuge der Berichterstattung über die Geschehnisse am Tempelberg im Juli 2017. Dort erschossen drei muslimische Männer aus einem Hinterhalt zwei israelische Polizisten. Jeder Staat würde nach einem solchen Ereignis selbstverständlich geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert. Metalldetektoren sind eine solche geeignete Maßnahme, zumal sie niemanden übermäßig einschränken. Am Tempelberg aber reagierten die Palästinenser auf sie mit Ausschreitungen, die Tote und Verletzte zur Folge hatten. Und das fanden manche große deutsche Medien nicht etwa abwegig, sondern im Gegenteil durchaus nachvollziehbar:

Die Faktenchecks	
00:41 Min. – Zitat Abbas vor dem EU-Parlament   <a href="#">mehr</a>	
02:18 Min. – Umgang mit aktueller Forschung   <a href="#">mehr</a>	
03:21 Min. – Einordnung christlicher Kultur   <a href="#">mehr</a>	
05:13 Min. – Zitat von Annette Groth, Menschenrechtsbeauftragte "Die Linke"   <a href="#">mehr</a>	
07:51 Min. – Einsatz von wissenschaftlichen Expertisen   <a href="#">mehr</a>	
12:55 Min. – Geschichtliche Einordnungen – Mufti Al-Husseini   <a href="#">mehr</a>	
14:52 Min. – Geschichtliche Einordnungen – PLO   <a href="#">mehr</a>	
14:52 Min. – Finanzierung Arafat-Mausoleum   <a href="#">mehr</a>	
19:54 Min. – Geschichtliche Einordnung – Linke und Nationalsozialismus   <a href="#">mehr</a>	
22:56 Min. – Geschichtliche Einordnung – Anschläge auf Araber   <a href="#">mehr</a>	
27:59 Min. – Anmerkungen zur Nakba Ausstellung   <a href="#">mehr</a>	
28:26 Min. – NGOs auf dem evangelischen Kirchentag   <a href="#">mehr</a>	
28:52 Min. – Zahlen politischer NGOs in Westbank und Gaza   <a href="#">mehr</a>	
29:21 Min. – Vorwürfe gegen EAPPI   <a href="#">mehr</a>	
31:03 Min. – Vorwürfe gegen Brot für die Welt und B'Tselem   <a href="#">mehr</a>	
33:14 Min. – EU-Gelder und NGOs   <a href="#">mehr</a>	
33:43 Min. – Prof. Steinberg und NGO Monitor   <a href="#">mehr</a>	
34:09 Min. – Die Deutschen Medien und der Nahost-Konflikt   <a href="#">mehr</a>	
37:48 Min. – Der Gaza-Paris-Vergleich   <a href="#">mehr</a>	
38:05 Min. – Vorwurf gegen World Vision   <a href="#">mehr</a>	
45:02 Min. – Hamas und EU-Hilfen   <a href="#">mehr</a>	
45:58 Min. – UNRWA-Geld veruntreut?   <a href="#">mehr</a>	
48:30 Min. – Bedeins Vorwürfe gegen UNRWA   <a href="#">mehr</a>	
49:30 Min. – Einordnungen zu Interviewpartner   <a href="#">mehr</a>	
52:14 Min. – Einordnungen zu Interviewpartner   <a href="#">mehr</a>	
01:16:08 Std. – Der Anschlag auf das Bataclan   <a href="#">mehr</a>	
01:19:08 Std. – Angriff auf Synagogen   <a href="#">mehr</a>	
01:20:05 Std. – Der Pariser Vorort Sarcelles   <a href="#">mehr</a>	
01:20:32 Std. – Angriff auf Synagogen in Sarcelles   <a href="#">mehr</a>	
Der gesamte Faktencheck im Überblick   <a href="#">mehr</a>	

Stand: 21.06.2017, 12:00



Auserwählt und ausgegrenzt - Der Hass auf Juden in Europa | 21.06.2017 | 01:31:54 Min. | UT | Verfügbar bis 21.06.2018 | WDR

**Minutiöse redaktionelle Anmerkungen: In umfangreichen »Faktenchecks« kommentiert der WDR Minute für Minute die Antisemitismus-Dokumentation auch auf seiner Internet-Seite.**

Screenshot: wdr.de

### Kollektivsubjekt und Umwegkommunikation

Es gibt nachweislich keinerlei Pläne der israelischen Regierung, am Status quo des Tempelbergs etwas zu ändern. Wer trotzdem glaubt, es entspreche der »Erfahrungswelt vieler Palästinenser«, dass »Israel versucht, den Tempelberg Schritt für Schritt unter seine Kontrolle zu bringen, bis es allein entscheidet, wer wann hierher darf«, der leugnet die antisemitischen Motive der Ausschreitungen entweder – oder er teilt sie. Man stelle sich vor, jemand schriebe mit Blick auf das Jahr 1933: »Es mag nach einer kruden These klingen, dass die Juden versucht haben, die Welt Schritt für Schritt unter ihre Kontrolle zu bringen, bis sie allein entscheiden, was auf ihr geschieht. Die Vorstellung aber passte perfekt in die Erfahrungswelt vieler Deutscher.« Eine solche Aussage würde man zu Recht mindestens eine Verharmlosung des Antisemitismus nennen, eher noch eine Kumpanei mit ihm. Geht es aber um Israel und die Palästinenser, sind derartige Sätze keine Seltenheit. Eines der Kennzeichen des modernen Antisemitismus besteht darin, dass er sich weniger gegen »den Juden« richtet als vielmehr gegen den jüdischen Staat als Kollektivsubjekt. Die Ideologeme und Charakteristika der klassischen Feindschaft gegen Juden bleiben dabei im Kern erhalten, sie werden nun jedoch auf Israel bezogen. Monika Schwarz-Friesel spricht in diesem Zusammenhang von einer »Umwegkommunikation«. Der Antisemitismus hat sich als äußerst flexibel, transformations- und anpassungsfähig erwiesen, was ihn heute vor allem prägt, sind die Dämonisierung und Delegitimierung Israels sowie die Doppelstandards, die an das Land angelegt werden, Maßstäbe also, mit denen kein anderer Staat der Welt gemessen wird. Zahlreiche Medien in Deutschland – das muss man so deutlich sagen – sind diesbezüglich ein Teil des Problems. Und mit dafür verantwortlich, dass hierzulande mindestens 40 Prozent der Bevölkerung – diese Zahl wird im jüngsten Antisemitismusbericht des Deutschen Bundestages genannt – dem israelbezogenen Antisemitismus zustimmen.

**Alex Feuerherdt**

Der Autor ist freier Publizist mit den Themenschwerpunkten Israel, Antisemitismus und Naher Osten sowie Betreiber der Website »Lizas Welt«. Er wird seit vielen Jahren zu Vorträgen eingeladen, auch von zahlreichen Arbeitsgemeinschaften der DIG.

»Die Palästinenser fürchten, dass Israel durch die veränderten Sicherheitskontrollen Muslimen den Zugang zur Al-Aqsa-Moschee erschwert und dadurch immer mehr Kontrolle über das Plateau erlangt«, schrieb zum Beispiel die FAZ. In der Süddeutschen Zeitung hieß es: »Es mag nach einer kruden These klingen, dass Israel versucht, den Tempelberg Schritt für Schritt unter seine Kontrolle zu bringen, bis es allein entscheidet, wer wann hierher darf. Die Vorstellung aber passt perfekt in die Erfahrungswelt vieler Palästinenser.«

So rationalisierte man sich die Hysterie zurecht – und schon lagen Schuld und Verantwortung wieder beim jüdischen Staat. Dort gehören sie aber nicht hin, denn das Problem heißt: Antisemitismus. Und das nicht erst seit dem Juli dieses Jahres. Das Märchen von den Juden, die angeblich die Muslime vom Tempelberg vertreiben und die Al-Aksa-Moschee zerstören wollen, ist vielmehr ein ganz altes. Schon 1929 führte es zum antijüdischen Massaker von Hebron, seitdem wird es immer wieder aufgewärmt, wobei die Anlässe wahlweise nichtig oder sogar gänzlich frei erfunden sind. Mal heißt es, Israel wolle auf dem Tempelberg ein künstliches Erdbeben auslösen, mal sollen die dortigen archäologischen Grabungsarbeiten angeblich nur dazu dienen, die Al-Aksa-Moschee zum Einsturz zu bringen. Mal genügen ein paar betende Juden, um für gewaltsame Angriffe zu sorgen, und mal eben ein paar Metalldetektoren, mit denen der Waffentransport auf den Tempelberg unterbunden werden soll.

DIG Baden-Baden

## Neuer Vorstand gewählt



Der neue Vorstand der DIG Baden-Baden zusammen mit dem Referenten Alex Feuerherdt.

Hinten (v.l.n.r.): Stefan Lutz-Bachmann (Beisitzer), Jürgen Kempf (Beisitzer), Andreas Schulmeister (Schatzmeister) und Alex Feuerherdt. Vorne (v.l.n.r.): Joachim Knöpfel (Stellvertretender Vorsitzender), Barbara Hoffs (Vorsitzende), Kathrin Warth (Schriftführerin) und Daniel Pecher (Beisitzer)

Am 3. Juli 2017 fand die Mitgliederversammlung der DIG AG Baden-Baden mit Neuwahlen des Vorstands statt. Im Anschluss hielt Alex Feuerherdt einen Vortrag zum Thema »Israel, die Palästinenser und das Wasser«. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde der neue Vorstand wie folgt gewählt: Vorsitzende ist Barbara Hoffs, der neue stellvertretende Vorsitzende ist Joachim Knöpfel. Zur Schriftführerin wurde Kathrin Warth gewählt, zum Schatzmeister Andreas Schulmeister. Beisitzer sind Jürgen Kempf, Stefan Lutz-Bachmann und Daniel Pecher. Im Anschluss referierte Alex Feuerherdt über die Wasserthematik in Israel, dem Westjordanland und Gaza. Mit fundierten Kenntnissen und detailliert recherchierten und geohydrologisch belegten Zahlen konnte er den Zuhörern ein klareres Bild der Situation vor Ort geben.

DIG Berlin-Brandenburg e.V.

## Sommerempfang im Grunewald

Zum Sommerempfang der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg kamen am 16. Juli 2017 mehr als 100 Gäste ins idyllische Wirtshaus Schildhorn, das an der Havel mitten im Grunewald gelegen ist. Eingeladen hatte der Berliner Verein gemeinsam mit der bundesweiten Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. Der leichte Regen tat dem Fest im Freien an der Havel keinen Abbruch, und die Gäste konnten sich an einigen kurzen Redebeiträgen sowie an einem köstlichen sommerlichen Büffet erfreuen. Für eine gelungene musikalische Unterhaltung sorgte auch in diesem Jahr Boris Rosenthal. Neben Redebeiträgen des Vorsitzenden der DIG Berlin und Brandenburg Jochen Feilcke, und des Präsidenten der DIG, Hellmut Königshaus, sprach der Gesandte der Botschaft Israels, Rogel Rachman, zu den Gästen. Dieser betonte in seiner Rede die Bedeutung der DIG, helfe sie mit ihrer Arbeit doch der Botschaft in besonders



glaubwürdiger Weise, Informationen über Israel und die deutsch-israelischen Beziehungen zu vermitteln.

Annina Schmidt

**Michael Spaney und Jochen Feilcke** stellten beim Sommerempfang die neuen Studien der DIG vor.

Foto: Katjuscha Lewien

DIG Bremen/Unterweser e.V.

## Das Israel Trauma & Resiliency Center NATAL

Israel ist durch Terror und Krieg in unvergleichlicher Weise betroffen. Durch diese Erfahrungen war das Land gezwungen, sich sehr lange schon mit der Behandlung und Vermeidung psychischer Traumata, die in Extremsituationen auftreten, zu beschäftigen. In besonderer Weise hat das seit fast 20 Jahren eine israelische Nichtregierungsorganisation übernommen: NATAL. Bis 2016 hieß NATAL im Untertitel »Israel Trauma Center for Victims of Terror and War«, hat sich aber seither inhaltlich erweitert und nennt sich nun fachgerecht »Israel Trauma & Resiliency Center«.

Im Sommer 2016 hatten der Autor und seine Frau Gelegenheit, die Zentrale dieser Organisation in Tel Aviv zu besuchen und die vielfältigen Herangehensweisen und Therapien für Terroropfer zu studieren und mit kompetenten Mitarbeitern darüber zu diskutieren. Beeindruckt vom Umfang des Wissens wurde vereinbart auszuloten, was die DIG tun kann, um NATAL in Deutschland bekannt zu machen. Angedacht wurde eine Vortragsreihe in den Arbeitsgemeinschaften. In Bremen sollte versucht werden, einen Anfang zu machen.

Die Leitung von NATAL, besonders die Vorsitzende Orly Gal, planen eine Ausweitung ihrer Aktivitäten nach Europa und engagierten als Strategic Director Partnerships Europe Orna Peleg. Mit ihr organisierte der Autor im Februar 2017 ein erstes Treffen im Hauptstadtbüro der DIG. Ein Ergebnis war ein weiteres Treffen in Tel Aviv, bei dem sich Dr. Hermann Kuhn und Bremer Vorstandskollegen mit den leitenden Mitarbeitern von NATAL trafen. Es wurde erkannt, dass die Bedeutung

effektiver Vorsorge in Israel weitaus intensiver vorgenommen wird als in Deutschland, sind doch dort die schrecklichen und gewalttätigen Vorfälle von Terror und kriegerischen Ereignisse in einer Dichte vorhanden, die uns hier unbekannt ist. Die Zunahme schwerster, plötzlich auftretender Krisen, seien es Terroranschläge oder andere Katastrophen in Europa, zeigt jedoch, dass auch wir uns wie in Israel mit professioneller Vorsorge beschäftigen müssen.

In Bremen sollte in einem Pilotprojekt das von NATAL in der Praxis erworbene, besondere Fachwissen den betroffenen Personen und Institutionen, die diese Krisen akut bewältigen müssen, vorgestellt werden. Grundsätzlich soll es dabei um den Weg gehen, wie vom Chaos zurück in die Normalität zu finden ist und wie die Funktionsfähigkeit der Institutionen aufrechterhalten werden kann. Mit großer Unterstützung des Polizeipräsidenten und des Chefs der Feuerwehr fand im Mai 2017 vor mehr als 30 ausgewählten Teilnehmern ein Kurzseminar statt, das

von Yotam Dagan und Dr. Ruvie Rogel, dem stellvertretenden Vorsitzenden des »Community Stress Prevention Center« in Kiryat Shmona, durchgeführt wurde. Die beiden erfahrenen Psychologen von NATAL haben die sogenannten »First Responders« über ihre Vorgehensweise beeindruckend informiert.

### NGO bietet ihre einmaligen Erfahrungen in Deutschland an

Orna Peleg prüft nun gemeinsam mit den Bremer Fachleuten, wie eine engere Zusammenarbeit entwickelt werden kann. So hat zum Beispiel der Chef der Feuerwehr, der zugleich Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes ist, konkrete Vorschläge für gemeinsame israelisch-deutsche Workshops im Sinne von »best practices« vorgeschlagen.

Die Folgen terroristischer Angriffe sind nicht nur materiell zu bewältigen. Vielmehr gilt es, mit den psychischen Auswirkungen fertig zu werden – und damit sind nicht nur die Opfer und deren familiäres Umfeld gemeint. Der Fokus muss auf die Menschen gerichtet werden, die am Ort eines terroristischen Anschlages oder bei großen Schadensereignissen als Erstversorger arbeiten. Diese befinden sich in einer starken nervlichen Belastungssituation, deren Spätfolgen sich häufig erst nach einem längeren Zeitraum einstellen und oft mit dem auslösenden Ereignis nicht mehr in Verbindung gebracht werden können. Hier gibt es bei uns noch viel zu tun.

**Zu Besuch im im DIG-Hauptstadtbüro (v.l.n.r.): Yotam Dagan, klinischer Psychologe und Leiter der NATAL Kontaktgruppe; Gudi Wittekindt, Orly Gal, CEO NATAL, Dr. Widu Wittekindt und Orna Peleg, Direktorin für Partnerschaften in Europa..**



Für NATAL ist es nicht einfach, die richtigen Kontakte in Deutschland zu finden. Wir meinen daher, dass es gerade die DIG schaffen könnte, mit ihren vielfältigen Verbindungen in die Politik und die gesellschaftlichen Organisationen, NATAL einige Türen zu öffnen. Wir appellieren daher an alle Arbeitsgemeinschaften,

sich der steigenden Unsicherheit bewusster zu werden und diese Kontakte herzustellen. Denn auch wir werden lernen müssen, was Israel schon lange gelernt hat. Ansprechpartnerin ist Orna Peleg, Director Strategic Partnerships Europe, Kontakt (auf Deutsch):

ornap@NATAL.org.il oder per Telefon  
+0972-54-4522 1033.

**Dr. Widu Wittekindt**  
Stellv. Vorsitzender der  
DIG Bremen/Unterweser e.V.

[www.natal.org.il/en](http://www.natal.org.il/en)

## DIG Chemnitz

# Delegation aus Kiryat Bialik besuchte Chemnitz

Um internationale Kultur- und Städtepartnerschaften zu knüpfen, bedarf es großen Engagements und entschiedener Unterstützung. In Chemnitz soll eine Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Kiryat Bialik gegründet werden.

Dies veranlasste die Arbeitsgemeinschaft Chemnitz der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Mitglieder des Stadtrates der israelischen Stadt Kiryat Bialik zu einem ersten Kennenlernen einzuladen. So besuchten vom 26. bis zum 29. Juli 2017 Dr. Revital Shurtz Svirski, Orit Shish und Prof. Dr. Rafi Wertheim vom dortigen Ausschuss für internationale Beziehungen in die sächsische Stadt.

Die Israelis wurden von mehreren Vertretern kultureller und konfessioneller Chemnitzer Einrichtungen empfangen und vier Tage durch die Stadt begleitet. Auf den Spuren jüdischen Lebens der Vergangenheit und Gegenwart besuchten sie die Jüdische Gemeinde Chemnitz, den jüdischen Kindergarten, den jüdischen Friedhof und die Stele am Stephanplatz, wo einst die Chemnitzer Synagoge gestanden hat. Zudem standen die Chemnitzer Innenstadt, das staatliche Museum für Archäologie, das Industriemuseum sowie Einrichtungen für Körperbehinderte auf dem Besuchsprogramm.

In Gesprächen mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde Chemnitz und dem zugehörigen Freundeskreis, mit dem Verein

Tage der jüdischen Kultur, dem Bürgerverein FUER CHEMNITZ und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Chemnitz konnten gemeinsame Interessen sowie Vorstellungen und Ziele einer kulturellen Städtepartnerschaft ausgetauscht

werden. Konkret ist ein Austausch von Musikschülern im kommenden Jahr vereinbart worden.

**Valerija Graichen/  
Dorothee Morgenstern**



**Orit Shish (rechts), Dr. Revital Shurtz Svirski vom Stadtrat Kiryat Bialik (Mitte) und die Chemnitzerin Renate Aris, die als Kind den Holocaust überlebte, am Gedenkstein auf dem Jüdischen Friedhof Chemnitz.**

*Foto: Rafi Wertheim*

DIG Hamburg

# Austauschprogramm zwischen Hamburg und Israel

Jedes Jahr unterstützt die DIG Hamburg das »Pädagogische Austauschprogramm zwischen Hamburg und Israel«. Initiiert wurde der Austausch im Jahre 2013 durch den gemeinnützigen Bildungsträger PEDIA in Kooperation mit dem Kinderheim Neve Hanna in Israel und der Jüdischen Gemeinde Hamburg. Dieses langfristige Projekt fördert die freundschaftliche Zusammenarbeit von Pädagoginnen und Pädagogen und bringt neben dem fachlichen ebenso den kulturellen Austausch auf internationaler Ebene voran. Ziel ist es, den Pädagoginnen und Pädagogen aus Israel und Deutschland zu ermöglichen, Erfahrungen im jeweils anderen Land zu sammeln, die Arbeit in den verschiedenen Einrichtungen kennen zu lernen und selber die Erfahrung des Gefühls von Fremdheit zu machen. Hier der Erfahrungsbericht einer Teilnehmerin aus diesem Jahr.



Lara Fesl (rechts) war eine Woche zu Gast in Israel.

Shalom, das bedeutet »Hallo« und »Frieden«. In einem Land wie Israel ist das eine wirklich schöne Geste, wenn die Menschen sich mit Frieden begrüßen. Total unerwartet bekam ich den Anruf aus dem Geschäftsleitungsbüro der PEDIA, dass ich für den pädagogischen Austausch nach Israel ausgesucht wurde. Bis heute bin ich sprachlos und sehr dankbar für diese einmalige Gelegenheit. Gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Deutsch-Jüdischen Kindergartens in Hamburg verbrachte ich im Mai eine Woche in Israel.

Durch den Kontakt zu »Neve Hanna«, einem Kinderheim in Kirjat Gat,

erhielten wir einen Einblick in ganz besondere Seiten und Ecken von Israel. Bereits am ersten Abend wurden uns die im Kinderheim bunt bemalten Bunker gezeigt und erklärt, dass wir 40 Sekunden Zeit hätten, wenn der Alarm losgeht. Diese Bunker schützen die Menschen vor Ort vor dem Beschuss durch Terroristen von palästinensischer Seite. Für die Israelis ist diese Gefahrensituation Alltag, weshalb uns bald klar wurde, dass die Menschen unter diesen Umständen jeden Tag ihres Lebens in vollen Zügen leben und genießen.

»Neve Hanna« ist ein sehr besonderer Ort, erklärte uns ein bei »Neve Hanna«

arbeitender Psychologe am zweiten Tag, und er sollte Recht behalten. Kinder, die aus den ärmsten Verhältnissen kommen und die bisher unter erschwerten sozialen Bedingungen gelebt haben, befinden sich dort in liebevollen Händen. Sie leben in sechs Häusern mit jeweils zwei Mitarbeitern. Wir besuchten die Gruppen »Nitzanim« und »Avivim«.

Für uns wurde ein eigenes Besucherprogramm entwickelt. Während unserer unzähligen Ausflüge kamen wir ins Gespräch mit den unterschiedlichsten Menschen. Wir waren in der arabischen Planstadt Rahat, in Tel Aviv-Jaffa, in Jerusalem, am Toten Meer und am Mittelmeer. Darüber hinaus besuchten wir einen Kindergarten und eine Grundschule in Kirjat Gat. Die Tour mit einem Geländewagen mitten durch Israel und das Feiern des Shabbats gemeinsam mit den Kindern gehörten zu meinen persönlichen Highlights.

Die Woche war sehr erlebnisreich und spannend, aber auch lustig und angenehm zugleich. Ich erhielt eine Fülle von Eindrücken in »Neve Hanna«, die schwer zu beschreiben sind. Es ist eben ein ganz besonderer kleiner Fleck Erde in einem so unglaublichen und facettenreichen Land. Ich kann jedem nur ans Herz legen, diese Reise auf sich zu nehmen und Israel zu erleben. Die Gastfreundschaft und die Herzlichkeit der Menschen haben mich tief beeindruckt.

Lara Fesl

## DIG Köln

# Kess, frech und kampagnenfreudig

Am 2. Februar wurde die jüngste Arbeitsgemeinschaft der DIG gegründet. Es war schon verwunderlich, dass es in Köln trotz reicher jüdischer und zionistischer Geschichte bisher keine DIG-Arbeitsgemeinschaft gab. Ein Initiativkreis um den Historiker Dr. Johannes Platz, der zum Vorsitzenden der AG gewählt wurde, hatte sich zusammengefunden, um diese Lücke in der Kölner Stadtgesellschaft zu füllen. In den Vorstand gewählt wurden Helge David Gilberg, Gaby Shafri, Karl Alexander Mandl, Prof. Dr. Angelika Günzel, Angelika Scherb, Mathias Meis, Sammy Ahren und Axel Wojtek, eine Mischung aus neuen und DIG-erfahrenen Kräften.

Die ersten öffentlichen Veranstaltungen im Mai waren Kooperationsveranstaltungen mit dem Ungers Archiv, das die israelischen Architektin Tal Eyal einlud. Sie schilderte die Geschichte des Weizman-Hauses in Rehovot und ordnete die Baugeschichte in das Werk des Architekten Erich Mendelsohn ein. Aus eigener Expertise berichtete sie über die aktuellen Renovierungsarbeiten am Wohnsitz des ersten israelischen Staatspräsidenten. In einer weiteren Veranstaltung diskutier-

te die junge Arbeitsgemeinschaft mit Studierenden über das multikulturelle Israel und widmete sich den Erfahrungen der israelisch-arabischen Zionistin Sara Zoabi, die sich mit Oliver Vrankovic auf einer Vortragsreise befand. Im Juni las Marko Martin seine persönlichen Reiseeindrücke aus dem Buch »Tel Aviv – Schatzkästchen und Nußschale, darin die ganze Welt«. Zuletzt präsentierte die junge AG gemeinsam mit SERET INTERNATIONAL einen Ableger des gleichnamigen israelischen Filmfestivals, das dieses Jahr zum ersten Mal neben Berlin auch in München und Köln stattfand.

Politisch wird sich die AG an den Aktionswochen gegen Antisemitismus gemeinsam mit dem Bündnis gegen Antisemitismus beteiligen. Mit einer breiten Palette politisch-bildender und touristischer Informationen beteiligte sich der Vorstand am Israeltag in Köln. Und dass auch das Kampagnenelement nicht zu kurz kommt, zeigte die DIG Köln mit ihrer Unterstützung einer Podiumsdiskussion und der Aktionen anlässlich des Bundesparteitags der AfD in Köln sowie jüngst mit einem Offenen Brief anläss-

lich einer tendenziösen Veranstaltung zu »50 Jahren Besetzung – und kein Ende«, mit der sie in der Stadtgesellschaft und bei Israelfreunden um Unterstützung für israelisolidarische Positionen warb.

**Dr. Johannes Platz**



**Nach mehreren Anläufen gründete sich in der Domstadt eine eigene Arbeitsgemeinschaft der DIG. Die Vorstandsmitglieder Dr. Johannes Platz, Marion Sollbach, Helge David Gilberg, Karl Alexander Mandl und Angelika Scherb (v.l.n.r.) organisierten auch einen Stand beim Israeltag in Köln.**

## DIG Magdeburg

# Gerhard Miesterfeldt bleibt Vorsitzender

Am Donnerstag, den 22. Juni 2017, wählten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Magdeburg der Deutsch-Israelischen Gesellschaft einen neuen Vorstand. Wiedergewählt als Vorsitzender wurde der ehemalige Vizepräsident des Landtages von Sachsen-Anhalt Gerhard Miesterfeldt (63 Jahre). Zu seinem Stellvertreter wurde erneut der Landtagsabgeordnete Tobias Krull (40) bestimmt. Ebenfalls in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt wurde der Ruheständler Christian Held. Wieder bzw. neugewählt zu Beisitzerinnen und Beisitzern wurden Angelika Haegebarth, Sophie Paul, Beate Seibert, Marten Grimke, Thomas Kluger und Burkhardt Paul.

Die Arbeitsgemeinschaft Magdeburg nutzt zur Umsetzung der Ziele der Gesellschaft unterschiedliche Mittel. Neben der



**Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Tobias Krull, Beate Seibert, Gerhard Miesterfeldt, Christian Held, Angelika Haegebarth, Marten Grimke, Thomas Kluger, Sophie Paul und Burkhardt Paul.**

Organisation eigener Veranstaltungen wie Vorträge und Lesungen wird auch häufig die Kooperation mit Dritten gesucht – so zum Beispiel im Rahmen der Wochen der jüdischen Kultur und Geschichte in der Landeshauptstadt, der Meile der Demo-

kratie in Magdeburg oder bei der Durchführung von Israelreisen sowie deren Vor- und Nachbereitung. Als Kommunikationsplattform kommt dabei der eigenen Homepage unter [www.dig-magdeburg.de](http://www.dig-magdeburg.de) eine immer größere Bedeutung zu.

DIG Region Stuttgart e.V.

# Ein Bollwerk des Antisemitismus

Der Vorstand der DIG Region Stuttgart e.V. hat vor dem Hintergrund verstärkter Annäherungsversuche einzelner AfD-Mitglieder und AfD-Funktionäre diesen Diskussionsbeitrag für das DIG-Magazin beschlossen.

Schächten solle verboten werden. Die Erinnerung an den Holocaust sei eine Verengung, die aufgebrochen werden solle. Der Islam gehöre nicht zu Deutschland; Minarett und Muezzin-Ruf seien abzulehnen. Die Aussagen des Wahlprogramms der AfD zur Bundestagswahl unterstreichen, dass die Partei auch programmatisch ein Antisemitismus- und Demokratietheorieproblem hat. Die AfD kann kein Partner für die DIG sein, weil ein Schächtverbot jüdisches Leben in Deutschland diskriminiert und verunmöglicht, weil die Relativierung des Holocausts ein identitätsstiftendes Merkmal des Rechtsextremismus ist und weil die Ausgrenzung bis hin zu Vertreibungsphantasien gegen MuslimInnen menschenfeindlich und antidemokratisch ist. Die DIG dient laut Satzung »der Förderung internationaler Verbundenheit, der Toleranz und der Verständigung der Völker, insbesondere im Nahen Osten« sowie der »Förderung des friedlichen Ausgleichs der verschiedenen Ethnien und Religionen«. Das schließt jede Zusammenarbeit mit einer Partei aus, die gezielt gegen Teile der Bevölkerung und

Zugewanderte hetzt und ein Klima des Hasses schürt.

Die AfD sei das einzig große Bollwerk gegen den Antisemitismus, attestieren sich manche in der AfD selbst. Die Anhänger und WählerInnen der AfD wissen es besser. Sie stimmen klassisch-antisemitischen Aussagen viermal häufiger zu als die WählerInnen der anderen Parteien. Fast die Hälfte der AfD AnhängerInnen stimmt antiisraelischen Ressentiments zu. Nachzulesen im aktuellen Antisemitismusbericht der Bundesregierung.

Andersrum wird also ein Schuh draus. Die AfD agiert als Bollwerk des Antisemitismus. Wolfgang Gedeon, Landtagsabgeordneter in BW und Verschwörungsgedankler, der die »Protokolle der Weisen von Zion« verbreitet, ist nach wie vor Mitglied der AfD. Vize-Chefin Alice Weidel spricht von deutschem »Schuldskult«. Frauke Petry will den antisemitischen Begriff »völkisch« rehabilitieren. Martin Hohmann, der vom jüdischen Tätervolk spricht und deswegen schon vor Jahren aus der CDU ausgeschlossen wurde, kandidiert auf Platz 4 der hessischen AfD zum Bundestag. Björn Höcke schmäht das Holocaust-Denkmal in Berlin. Die antisemitischen Vorfälle und Aussagen in der Partei haben seit der Gedeon-Debatte sogar noch zugenommen.

## Pro-Israël als Tünche

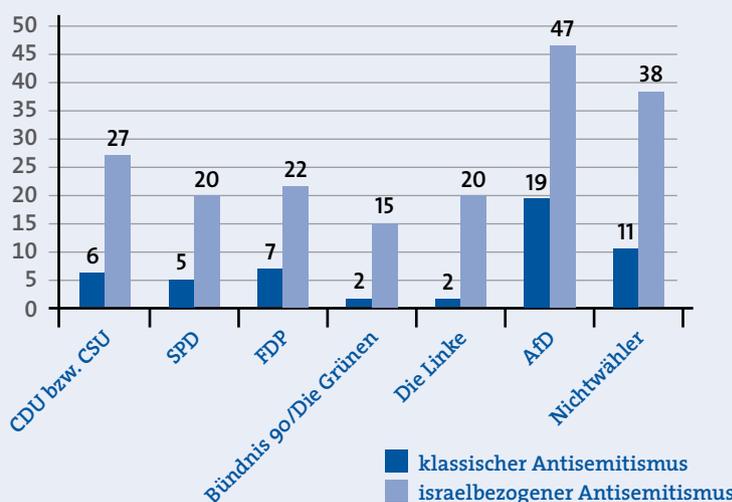
Dass Einzelne in der AfD sich pro Israel äußern, können wir nicht ernst nehmen. Denn programmatisch kann sich die Partei nicht einmal auf das Existenzrecht Israels einigen. Der Parteitag lehnte es ab, sich mit Israel zu befassen. Begründung: das Problem mit israelischen »Kriegsverbrechern«, die sich nicht dem internationalen Recht stellen, sei zu komplex. Der Anti-Islam-Kurs der AfD nützt weder den Juden in Europa noch in Israel. Im Gegenteil, er ist ausgesprochen gefährlich: heute gegen die Moslems, morgen gegen die Juden. Das sieht man auch in Israel so. Staatspräsident Rivlin sprach sich entschieden gegen Kontakte mit rechtspopulistischen europäischen Parteien aus, »die mit einer Geschichte des Antisemitismus, Leugnung des Holocaust und der Förderung von Rassenhass oder Intoleranz behaftet sind.« Und der damalige Botschafter Yakov Hadas-Handelsmann erklärte: »Mit großer Skepsis beobachte ich, wenn Menschen, die auf der Straße offen gegen Flüchtlinge protestieren, plötzlich israelische Flaggen schwenken. ... Ausländerfeindliche Menschen sprechen von »uns Juden und Christen« und bezeichnen den Islam als gemeinsamen Feind. Das ist Unsinn.« In Israel wird weder über den Bau von Moscheen noch von Minaretten und Muezzin-Ruf gestritten. Sie werden vom Staat Israel bezahlt. Moslems haben in Israel die gleichen Bürgerrechte wie Juden oder Christen. Um den von vielen Flüchtlingen mitgebrachten Judenhass und israelbezogenen Antisemitismus zu bekämpfen, muss der Antisemitismus gesellschaftlich – von Staats wegen und in der Zivilsphäre, in den Medien, Schulen und Deutschkursen – geächtet werden. Die AfD und ihre Anhänger jedoch machen ihn salonfähig. Braune Flecken mit Israel-Freundschaft zu übertünchen funktioniert nicht. Nicht mit uns.

## Antisemitische »Einzelfälle« seit Gedeon-Debatte:

[www.belltower.news/artikel/die-afd-und-der-antisemitismus-%E2%80%93-teil-1-12285](http://www.belltower.news/artikel/die-afd-und-der-antisemitismus-%E2%80%93-teil-1-12285)

Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Region Stuttgart e.V.

Antisemitismus nach Parteienpräferenz (Sonntagsfrage), (FES-Mitte-Studie 2016)



Grafik aus: »Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus« an die Bundesregierung, 7.4.17

# Koscherer Wein aus dem Bocksbeutel

Eine Weltpremiere fand Anfang Mai im fränkischen Iphofen statt: Das dort ansässige Weingut Wirsching stellte erstmals einen koscheren Silvaner vor, den dritten koscheren Weißwein aus Deutschland überhaupt.

Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster, der im nahegelegenen Würzburg lebt, ließ es sich nicht nehmen, den nach strengen Regeln produzierten Wein als einer der ersten zu verkosten. In einer humorvollen Ansprache zollte er Andrea Wirsching, der Chefin des Weinguts, Anerkennung für den »Mut und die Nerven«, mit der sie den aufwendigen Herstellungsprozess auf sich genommen hat. Alle Arbeitsschritte wurden von orthodoxen Juden erledigt und von einem Rabbiner beaufsichtigt, der eigens aus Luxemburg angereist war. Der Kellermeister des Weinguts durfte während der gesamten Produktion den Wein weder berühren noch sehen und gab seine Anweisungen aus einem Nebenraum. Damit er die Qualität des Weins annähernd beurteilen konnte, wurde

parallel ein zweites, nicht koscheres Fass produziert.

Der 2016 Iphöfer Silvaner, abgefüllt im traditionellen fränkischen Bocksbeutel, erscheint unter dem Label »Gefen Hashalom – Rebe des Friedens«, einem Kooperationsprojekt von deutschen Winzern und Förderern der jüdischen Weinkultur, zu deren Initiatoren auch Dr. Mark Indig, Vorsitzender der DIG Trier, sowie die Winzer Nik Weis und Max von Kunow gehören, die seit vergangem Jahr an Saar und Mosel koschere Rieslinge produzieren. Alle beteiligten Winzer von Gefen Hashalom sind auch Mitglieder der Twin Wineries Initiative und pflegen enge freundschaftliche Kontakte mit israelischen Partnerweingütern.



**Koschere Köstlichkeit: Der Iphöfer Silvaner 2016 ist der erste Frankenwein, der nach orthodoxen Regeln hergestellt wurde und die offizielle »OK – Kosher Certification« erhalten hat.**

## Starkes Bekenntnis zu Israel

Bemerkenswert ist das starke Bekenntnis der deutschen Winzer zu Israel, das sie bei Weinproben und Veranstaltungen immer wieder betonen. Andrea Wirsching ist schon mehrmals nach Israel gereist und sagt, dass sie sich in das Land und seine Menschen regelrecht verliebt habe. »Wein ist der beste Botschafter, weil er Menschen zusammenbringt,« sagte sie bei der Premiere und hieß die Gäste mit »Le Chaim« willkommen. Vielleicht bleibt sie nicht die einzige fränkische Winzerin, die koscheren Wein produziert. In diesem Jahr war sie zusammen mit Kollegen des fränkischen Weinbauverbandes schon wieder in Israel – und diese waren von dem Land und seiner Kultur ebenfalls begeistert.

Jürgen Sterzenbach

**Weltpremiere mit prominenten Gästen (v.l.n.r.): Jonathan Glick vom Israelischen Generalkonsulat München, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Winzerein Andrea Wirsching, die fränkische Weinkönigin Selina Werner, die Weinexpertin Romana Echensperger sowie Dr. Mark Indig von der DIG Trier und Benz Bodmann, die Mitinitiatoren von »Gefen Hashalom«.**



# Deutschsprachige Medien in Israel

Man könnte meinen, dass Juden im Nahen Osten nach 1945 nicht mehr viel mit der deutschen Sprache zu tun haben wollten und bis heute nicht wollen. Dem ist aber nicht so. Zahlreiche israelische Juden mit deutschen beziehungsweise mitteleuropäischen Wurzeln und deren Nachfahren – auch Jeckes genannt – interessieren sich stark für ihre ehemalige Heimat und die einstige Muttersprache.



Foto: Esslinger Medien

Oftmals sind es gerade diejenigen, die in der Nazizeit besonders zu leiden hatten. Das Interesse äußert sich nicht zuletzt darin, dass einige von ihnen im Heiligen Land deutschsprachige Medien gegründet haben. Heute existieren in Israel mindestens zehn Publikationen auf Deutsch, darunter eine Monatszeitung und neun Zeitschriften, Mitteilungsblätter und Jahrbücher. Außerdem werden mehrere Internetseiten sowie zwei Fernsehsendungen in der Muttersprache der Jeckes produziert. Berücksichtigt man noch die jiddischen Medien, so kommen beim Zusammenrechnen fünf Zeitschriften und ein Radioprogramm von Kol Israel, dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk Israels, hinzu.

## MB Yakinton

Schon vor der offiziellen Gründung Israels entstanden die ersten Publikationen. Die Nachfrage danach war groß. Am Anfang des 20. Jahrhunderts kamen tausende Juden aus Deutschland in den Nahen Osten und gründeten Siedlungen und Kibbuze wie Hazorea, Dalia und die Stadt Nahariya. Sie alle konnten häufig kein Hebräisch. 1932 wurde das »MB

Mitteilungsblatt« der Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft (Irgun Olei Merkas Europa) in Tel Aviv aus der Taufe gehoben. Es erscheint bis heute ohne Unterbrechung. Die lange Erscheinungsdauer ist ein kleines Wunder. Natürlich hat es mit der Zeit einige Änderungen gegeben. So gibt es mittlerweile neben den deutschsprachigen Artikeln auch hebräischsprachige und der Titel lautet jetzt »MB Yakinton«. Der Zusatz »Yakinton« stellt ein Wortspiel aus »Jecke« sowie der hebräischen Bezeichnung für »Zeitung« (»iton«) dar – gleichzeitig ist es auch der hebräische Name der Hyazinthe, einer typischen Blume aus dem östlichen Mittelmeerraum. Als Redaktionsleiter fungiert momentan Michael Dak. Er erstellt sieben bis acht Ausgaben des Verbandsmagazins pro Jahr. Gelesen wird es von schätzungsweise 10.000 Menschen in Israel und im Ausland.

## Israel-Nachrichten

1936 gründete Siegfried Blumenthal, ein aus Berlin ausgewandertes jüdischer Buch- und Pressefachmann, in Tel Aviv die deutschsprachige Zeitung »Blumenthals Neueste Nachrichten«.



Fotos: IMH

Die Auflage des Tageblatts überstieg in den 1950er Jahren die der meisten anderen Zeitungen Israels, und zu den Kolumnisten gehörten so berühmte Schriftsteller wie Max Brod und Arnold Zweig. Später wurde die Zeitung in »Israel-Nachrichten« umbenannt. Chefredakteurin war von 1975 bis zu ihrem Tod im Jahre 2007 die bekannte Journalistin und Schriftstellerin Alice Schwarz-Gardos. Sie hatte in der Redaktion zuletzt nur zwei Mitarbeiter als Unterstützung. Für ihre fast übermenschliche Arbeit als Zeitungsmacherin und Buchautorin wurde sie mit dem deutschen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie war Mitbegründerin der Internationalen Medienhilfe (IMH), des Netzwerks der deutschsprachigen Auslandsmedien, und galt lange als älteste Chefredakteurin der Welt. In Wien am 31. August 1916 geboren und in Pressburg aufgewachsen, gelang sie nach abenteuerlicher Flucht 1939 mit ihren Eltern nach Palästina. Zweifellos war sie nach dem Krieg der Motor des Tageblatts. Als sie verstarb, fehlte die entscheidende Kraft. 2010 wurde die Erscheinungsweise der »Israel-Nachrichten« von täglich auf wöchentlich umgestellt, 2011 kam das endgültige Aus für die gedruckte Zeitung. Zwei Jahre später starteten ehemalige Leser aus Jerusalem als Nachfolgemedium im Internet das umfangreiche und ständig aktualisierte Informationsportal [www.israel-nachrichten.org](http://www.israel-nachrichten.org).

### Die Stimme

Eine sehr traditionsreiche Publikation, die neben dem »Mittelungsblatt« des Irgun Olei Merkaz Europa bis heute in Tel Aviv überlebt hat, ist »Die Stimme«. Hinter dieser seit 1945 erscheinenden Monatszeitung steht als Herausgeber der Weltverband der Bukowiner Juden. Die Redaktionsarbeit erledigt Bärbel Rabi. Sie erklärt: »Unsere Zeitung hat circa 500 Abonnenten. Die Leserschaft dürfte etwa doppelt so groß sein. Rund 70 Prozent der Leser leben in Israel, 20 Prozent im deutschsprachigen Europa sowie 10 Prozent in den USA, Südamerika und Australien. Unsere Monatschrift kann nicht am Kiosk erworben werden, sondern wird ausschließlich an Abonnenten verschickt. Die Leser sind Juden aus der ehemaligen Bukowina, die heute zur Ukraine und zu Rumänien gehört.« Auf die Frage, ob die deutschsprachigen Druckmedien Israels auch zukünftig noch mit neuen jungen Lesern rechnen können, sagt Rabi, dass Deutsch momentan sehr in Mode sei.

### Israel heute

Besonders ansprechend für junge Leute ist die modern gestaltete Zeitschrift »israel heute« aus Jerusalem. Sie erblickte 1978 das Licht der Welt. Seitdem berichtet sie monatlich über Politik, Wirtschaft und Kultur – meist aus einem christlich-jüdischen Blickwinkel. Ein Großteil der Bezieher sitzt in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ebenfalls aus der Hauptstadt kommt das bis zu 80 Seiten starke Quartalsmagazin »JERUSALEM Gemeindebrief – Stiftungsjournal«. Dahinter stehen das Deutsche Evangelische Institut für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes und die Evangelische Gemeinde Deutscher Sprache. Der Gemeinde gehört die berühmte und deutlich herausragende Erlöserkirche inmitten der Jerusalemer Altstadt. Wenn man die Herausgeber kennt, kann man sich leicht denken, welche Themen in der Publikation behandelt werden.

### Deutschsprachiges Fernsehen

Ansonsten besteht die deutschsprachige Medienszene Israels aus Mitteilungsblättern wie dem kostenlosen »Rundbrief« der Dormitio-Benediktinerabtei, aus wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Jahrbüchern wie dem »Jüdischen Almanach« des Jerusalemer Leo-Baeck-Instituts. Das Institut, benannt nach dem berühmten Rabbiner Dr. Leo Baeck, wurde 1955 von mehreren bedeutenden deutschen Juden gegründet und hat drei Niederlassungen. Es beschäftigt sich mit der Erforschung, Dokumentation und Förderung der deutschsprachigen jüdischen Kultur in Mitteleuropa. Heute zählt das Institut zu den größten unabhängigen jüdischen Forschungseinrichtungen weltweit. Nicht nur interessante Publikationen entstehen in Jerusalem, sondern auch die zwei deutschsprachigen Fernsehsendungen des Landes. Die eine, »israel heute«, wird seit vielen Jahren vom Verlag des gleichnamigen Magazins produziert. Relativ neu ist die zweite namens »Fokus Jerusalem« von einer Mannschaft um Tommy Mueller. Beide sind über das Internet zu sehen oder auch über Sparten-TV-Sender in Deutschland. Wer mehr zu deutschsprachigen Medien im Ausland erfahren möchte, kann von der Internationalen Medienhilfe (IMH) unter [info@medienhilfe.org](mailto:info@medienhilfe.org) kostenfrei einzelne Informationen erfragen.

### Björn Akstinat

ist Gründer der Internationalen Medienhilfe (IMH), einem Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien

# Wir sind Juden aus Breslau

»Wir sind Juden aus Breslau« ist ein Dokumentarfilm über die Schicksale von Heranwachsenden in der Zeit des Nationalsozialismus. Er setzt anhand der Lebensschicksale der Protagonisten auch die Gründung des Staates Israel mit den Erfahrungen des Holocausts in Verbindung. Durch Begegnungen mit einer deutsch-polnischen Jugendgruppe wird außerdem ein Bezug zur Gegenwart hergestellt.

**S**ie waren jung, blickten erwartungsfroh in die Zukunft, fühlten sich in Breslau, der Stadt mit der damals in Deutschland drittgrößten jüdischen Gemeinde, beheimatet. Dann kam Hitler an die Macht. Ab diesem Zeitpunkt verbindet diese Heranwachsenden das gemeinsame Schicksal der Verfolgung durch Nazi-Deutschland als Juden: Manche mussten fliehen oder ins Exil gehen, einige überlebten das Konzentrationslager Auschwitz. Der Heimat endgültig beraubt, entkamen sie in alle rettenden Himmelsrichtungen und bauten sich in den USA, England, Frankreich und auch in Deutschland ein neues Leben auf. Nicht wenige haben bei der Gründung und dem Aufbau Israels wesentlich mitgewirkt.



14 Zeitzeugen stehen im Mittelpunkt des Films. Sie erinnern nicht nur an vergangene jüdische Lebenswelten in Breslau. Ihre späteren Erfahrungen vermitteln auch ein facettenreiches Generationenporträt. Einige von ihnen nehmen sogar den Weg in die frühere Heimat auf sich, reisen ins heutige Wrocław, wo sie einer deutsch-polnischen Jugendgruppe begegnen. Gerade in Zeiten des zunehmenden Antisemitismus schlägt der Film eine emotionale Brücke von der Vergangenheit in eine von uns allen verantwortlich zu gestaltende Zukunft. »In vierzehn Lebensläufen entsteht eine Reise um die halbe Welt. Eine bewegende, perspektivenreiche Dokumentation. Dieses Zusammentreffen der Zeitzeugen ist einmalig. Der Film nimmt einen gefangen«, schrieb die Filmkritikerein Dorothee Tackmann auf Programm kino.de. »Wir sind Juden aus Breslau« wird von September bis Ende November 2017 in mehreren deutschen Städten gezeigt. Die Filmemacher sind bei vielen Vorstellungen persönlich anwesend und freuen sich auf anregende Gespräche.

[www.judenausbreslaufilm.de](http://www.judenausbreslaufilm.de)

## Termine

- **23.9. Cottbus** Oben kino (mit Karin Kaper)
- **24. – 26.9. Quedlinburg** Studiobühne Eisenstein
- **24.9. Fürstenwalde** Filmtheater Union (mit Karin Kaper)
- **1.10. Lomnica/Polen** Schloß Lomnitz (mit Karin Kaper und Dirk Szuzies)
- **15.10. Ingolstadt** Audi Programm kino (mit Karin Kaper)
- **16.10. Würzburg** Central im Bürgerbräu (mit Karin Kaper)
- **17.10. Landshut** Kinoptikum (mit Karin Kaper); außerdem am **18.10.** um 18.30 Uhr und 21 Uhr
- **18.10. Rothenburg ob der Tauber** Forum im Rahmen der 7. Jüdischen Kulturwoche (mit Karin Kaper),
- **19.10. Augsburg** Liliom Kino (mit Karin Kaper) und am **22.10.** um 12.30 Uhr mit einer Einführung von Dr. Margaretha Hackermeier (G CJZ)
- **25.10. Bamberg** Odeon Kino (mit Dirk Szuzies) sowie **27. – 29.10.** um jeweils 17 Uhr
- **26.10. Gera** Kino Monopol, in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen (in Anwesenheit von Dirk Szuzies) sowie im Rahmen der 25. Thüringer Tage der Jüdisch-Israelischen Kultur am **4.11.** und am **15.11.**
- **9.11. Braunschweig** Roter Saal (mit Dirk Szuzies)
- **13.11. Berlin** Katholische Akademie (mit Karin Kaper und Dirk Szuzies)
- **14.11. Freiburg** Kommunales Kino (mit Karin Kaper)
- **16.11. Lörrach** Union Filmtheater (mit Karin Kaper)
- **19.11. Oelde** Filmzentrum Kino im Rathaus
- **22.11. Wildeshausen** Lili-Service Kino

# It's like breathing – Die Poetin Diti Ronen

Theaterwissenschaftlerin, Professorin an der Hebrew University of Jerusalem für politische Kultur und Kunstmanagement, Publizistin: das ist Diti Ronen. Sie hat viele Berufungen, aber jene, die sie am Leben hält, ist die einer Dichterin. Das Schreiben von Poesie »lässt sie überleben«, wie sie selbst sagt. »It's like breathing«. Eine Kombination aus emotionaler und intellektueller Reaktion auf die Realität sei die Poesie, die sie überkomme und der sie nicht widerstehen könne.



Diti Ronen war in Hamburg zu Gast.

Auf Einladung der DIG kam Diti Ronen im Mai nach Hamburg zu Lesungen, die in den Räumlichkeiten des »Ebenezer Hilfsfonds« sowie in mehreren Schulen stattfanden. Es war nicht ihr erster Besuch in Deutschland, aber es war eine Premiere, ihre Gedichte auf Deutsch zu lesen und zu hören. Die in Tel Aviv geborene Israelin schreibt auf Hebräisch und Englisch. Ihre Poesie wurde bereits mit internationalen Preisen ausgezeichnet, seit Jahren liest sie regelmäßig weltweit auf Kulturveranstaltungen und Festivals. Nach Hamburg brachte sie ein ganz besonderes Gedicht mit: »Kleines Drossel« erschien im November 2016 in der Zeitschrift Sinn und Form.

Die Themen ihrer Gedichte sind weit gestreut, berühren aber immer ihr eigenes Leben und bringen ganz persönliche Aspekte zur Sprache. »Kleines Drossel« greift einen Moment im Leben ihrer Mutter auf, einen Moment in Auschwitz-Birkenau. Das ungewöhnliche Gedicht zog die Zuhörer mit seiner Intensität in diesen Moment hinein. Ein ungewöhnliches Ereignis, das die Atmosphäre im Konzentrationslager in all seiner Abnormalität exemplarisch einfängt. »Kleines Drossel« erzählt von einem Bündnis zwischen fünf jungen Frauen, das der Mutter der Dichterin half, den Horror zu überleben. Nach der Lesung gab es einen angeregten Austausch zwischen dem Publikum und dem Gast aus Israel.

## Schmerzhaftes Erinnerungen

Vor allem die Atmosphäre, die sich bei den Lesungen in den Hamburger Schulen entwickelte, erstaunte alle Beteiligten. Mit einer bemerkenswerten Präsenz und Authentizität nahm Diti Ronen die Hamburger Schülerinnen und Schüler mit auf die Reise zu sich selbst. Eine Reise, die in die Vergangenheit ihrer Familie führt, jedoch auch in die Gegenwart, in der das Trauma des Holocausts weiterhin wirkt. Die Poesie schafft es, das Unausprechliche zu transportieren. Obwohl weder das Thema noch die Darstellungsform der Dichtung für Jugendliche alltäglich sind, wurden sie doch an allen Schulen mit offenen Herzen aufgenommen. Einen großen Anteil daran hatte die Dichterin selbst, die mit großem Ernst ihr Innerstes präsentierte. Da ist der Schmerz, dass die beruflich erfolgreiche Mutter unnahbar ist, in der Nacht weint und offensichtlich leidet, nicht über das Erlebte spricht, die eigene Muttersprache, Ungarisch und Deutsch, nie vor der Tochter spricht.

»Besuchen Sie Gedenkstätten?«, fragt eine Schülerin. Es bleibt still für einen Moment – die Worte zu finden, ist nicht leicht für Diti. Sie wolle nicht an die Orte der Verbrechen. Sie habe die Erinnerung in sich, es sei zu schmerzhaft an die Orte zu gehen, wo ihre Familie ermordet worden ist. Sie hat es ausprobiert, Auschwitz. Es war fürchterlich. Sie sah und sieht vor ihrem geistigen Auge ihren Großvater mit den beiden kleinen Enkelkindern auf dem Arm. Er geht mit ihnen die Rampe entlang, in den Tod.

Es ist die Erinnerung, die an Schulen auch in den nächsten Jahrzehnten fortgesetzt werden muss. Die Holocaust-Überlebenden sind betagt. Es gibt nur noch wenige, die direkt darüber erzählen können. Aber damit ist der Horror nicht aus der Welt. Mit dem Gedicht und der eindrücklichen Präsentation wurde deutlich, dass auch die Folgegenerationen betroffen sind von dem Horror und dem Trauma. Und hier schafft Diti Ronen es, den Bezug zur Gegenwart herzustellen, zu betonen, dass wir alle miteinander verbunden sind auf dieser Welt. Wir hätten alle einen Migrationshintergrund, man müsse nicht immer weit zurückgehen in der Familiengeschichte. Das Haus ihrer Familie in Ungarn war 1945 bereits von anderen Familien bewohnt, als ihre Mutter dorthin zurückkehren wollte. Diti ist in Tel Aviv geboren. Ihre Mutter sprach nur Hebräisch mit ihr. Am Ende eines Tages möchte sie ihren Kopf an einem Ort betten können, den sie ein Zuhause nennen kann. Das brauchen alle Menschen auf der Welt.

Lucie Kuhse

# Deutsch meschugge

Das ist ein Buch, das man entweder spätestens nach 30 Seiten im Bücherschrank versenkt und sich genashornt vorkommt, oder das man in einem Zug zu Ende liest, um zur Pointe zu kommen, was es denn sagen soll. Da wird eine politische Geschichte erzählt, auf dem pseudonymisierten Hintergrund einer zukünftigen Bundesrepublik Deutschland voller politischer Schurken, käuflicher politischer Dünnbrettbohrer und Alt-Nazis.

**S**ie werden sämtlich übertölpelt von Paul Levite, einem – wie Seligmann ihn nennt – fetten Juden, der mit allen seinen bisherigen geschäftlichen Versuchen hereingefallen war. Und das »ausgerechnet als Jude«! Er wird der eigentliche Held der Geschichte, der die Leute auf Grund seiner rhetorischen Fähigkeiten beliebig manipulieren kann und das auch tut. Er wird nicht von Zielen angetrieben, sondern von seinen eigenen Emotionen. Er kann »genau das, was ein Politiker können muss«, meint Seligmann, der ungeniert von »Jidn«, »Gojim« und ihrer »Mischpoche« spricht, der politische Bilder aus vordemokratischen Zeiten als angemessene Rede- und Denkweise seiner Figuren benutzt, als sei das heute – oder schon wieder – normal.

Wenn man »Deutsch Meschugge« beschreiben will, muss man sich zuerst mit dem Verfasser beschäftigen. Der Autor ist bekannt als Verfasser auch umstrittener Schriften, in denen immer wieder die Lage der in Deutschland lebenden Juden, der Antisemitismus, die Bedrohung der demokratischen Freiheiten durch Nachgiebigkeit gegenüber dem radikalen Islamismus beschrieben wird: *Rubinsteins Versteigerung*, *Der Musterjude*, *Die Kohle-Saga*, oder noch eindeutiger: *Mit beschränkter Haftung* und *Die Deutschen und ihr Führer*. In Deutschland geboren wandert Seligmann, dessen Vater den Holocaust überlebt hatte, mit seinen Eltern 1947 nach Tel Aviv aus, promoviert dort über »Israels Sicherheitspolitik«, kehrt nach Deutschland zurück und wird außenpolitischer Berater der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, dann Dozent für internationale Beziehungen an der Universität München, schließlich Chefredakteur der »Atlantic Times«. Er kennt die politische Szene des Landes, die er zum Gegenstand der Geschichte des Paul Levite macht. Er beschreibt seine eigenen Emotionen, wenn Paul Levite sich auf die Ermordung seiner Familie in Auschwitz beruft und wenn dessen

politische Rationalität jeweils dann abbricht, wenn er sich bedroht fühlt und der Gedanke ihn überwältigt, das er sich niemals wehrlos aufgeben werde, wie die Millionen jüdischer Opfer des Holocaust. Selbstbehauptung ist seine traumatische Emotion, wofür auch immer. In Deutschland beginnt er mit einer bemerkenswerten Zukunftsvision, die sich aus einer vorgezogenen Bundestagswahl am 15. September 2019 entwickelt. Natürlich kommen darin zahlreiche gegenwärtig bekannte Bundespolitiker vor, die man trotz ihrer veränderten Namen nach ihrer Funktion und personellen Beschreibung leicht identifiziert. Das kann kein Zufall sein, es ist ein Hinweis des Autors. Seine Geschichte spielt nicht in einem Irgendwo und Irgendwann, sondern in einer Bundesrepublik Deutschland, die sich aus der gegenwärtigen Lage entwickeln könnte. Das Wahlergebnis ist erstaunlich. Wie überall im sonstigen Europa haben sich die national-konservativen Parteien durchgesetzt.

## Ewige Bundeskanzlerin

In der Bundesrepublik bleibt die Konservative Partei, deren Vorsitzende die nach 14 Jahren ewige Bundeskanzlerin Hedwig Kleinert ist, gemeinsam mit ihrer bayerischen Schwesterpartei, mit knapp 30 Prozent zwar stärkste Partei und Fraktion. Aber ihr folgt die relative neue, stramm bürgerlich-patriotische »Deutsch-Nationale Mehrheitspartei (DNMP)« unter dem Vorsitzenden Urban Hansen, die ihren Anteil von 9,1 Prozent auf 27 Prozent erhöht und damit die eigentliche Wahlsiegerin wird. Auf die Linke – hier »Deutsche Demokratische Real-Sozialisten (DDR)« – deren Vorsitzende Nadja Hauser für eine Koalitionsbeteiligung den Austritt aus der NATO fordert und später erst Außenministerin und nach ihrem Scheitern deutsche Botschafterin in Moskau werden wird, entfielen 15 Prozent der Stimmen. Die »Freien Sozialisten« – also die SPD –,



**Rafael Seligmann**  
Deutsch meschugge  
Transit, Berlin 2017  
288 Seiten, 24,- €  
ISBN 978-3-88747-347-1

deren Vorsitzende ihr Ministeramt in der großen Koalition niedergelegt hatte und Nachfolgerin des früh gescheiterten Martin Schulz geworden war, also Andrea Nahles unter dem Namen Petra Kubiers, rutschen unter 15 Prozent. Die grünen »Bunten« und die Liberalen kommen zwar gerade noch in den Bundestag und sind natürlich die Wahlverlierer.

Kein Zweifel also, welches Szenario sich Seligmann in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik als möglich vorstellt: als Wahlsieger eine nationalkonservative Partei – die DNMP – mit stark restaurativen Kräften, die fast die Stärke der CDU/CSU erreicht, eine von der Linken zur »Bedeutungslosigkeit« dezimierte SPD und noch kaum zu erwähnende Grüne und Liberale. In dieser Lage wird der –

von Seligmann so bezeichnete – »fette Jude« Paul Levite zur beherrschenden Figur des Buches. Levite war – als alter Freund des Vorsitzenden und Gründers der DNMP Urban Hansen – der hessische Landesvorsitzende dieser zwischen krasser Deutschtümelei, Ausländerfeindlichkeit und unverhülltem Neofaschismus schwankenden Partei geworden. Levite beginnt den Kampf gegen Hansen, als er merkt, dass der sich als Bewunderer Adolf Hitlers zum »Führer« aufschwingen und ihn wegen eines unbedachten Interviews vernichten will. Dann beginnt sein von Seligmann detailliert beschriebener Aufstieg zum neuen Vorsitzenden dieser deutsch-tümelnden Partei bis zum Bundeskanzler, ein Kampf, in dem er rücksichtslos alle Register der Bedenkenlosigkeit zieht, der Täuschung und auch der Korruption mit hemmungslos angebotenen und verteilten Ämtern, Mandaten, Staatssekretärs- und Ministerpositionen an jeden, den er für seinen weiteren Aufstieg braucht. Sein einziger vertrauter Unterstützer und Ratgeber ist kein »labiler Goj«, sondern ein ehemaliger Polizeibeamter, der frühere Kriminalkommissar Robert Kriener, der ihm bedingungslos hilft und folgt. Alle Partner und Kontrahenten greifen letzten Endes gierig zu, wie er ja auch selbst einst von seinem damaligen Vorsitzenden Hansen die feste Zusage eines Bundestagsmandates für seine Hilfe als »Musterjude«, »Koschermacher«, »jüdisches Feigenblatt« zum gemeinsamen Aufstieg der DNMP verlangt hatte. So verhandelt er sich schließlich eine knappe Bundestagsmehrheit gegen die konservative Hedwig Kleinert, die entnervt zurücktritt, natürlich unter Beibehaltung des Bundestagsmandates.

Den Widerstand des Bundespräsidenten Danziger, der ihn für einen Faschisten hält, bricht er mit eilends zusammengetrommelten, geschickt manipulierten Massendemonstrationen und der »jüdischen Atombombe« – Walser hätte

sie als »Auschwitzkeule« bezeichnet –, indem er Danziger von seiner in Auschwitz ermordeten Familie berichtet.

### Unaufhaltsamer Aufstieg

Es ist ein unaufhaltsamer Aufstieg vom »Ernst-Jünger-Haus zur Reichskanzlei«. Natürlich kommt auch noch das politische Ende Levites in zeitgenössischer Art. Kurdische Terroristen stürzen in der Türkei ein Flugzeug auf ein vollbesetztes Fußballstadion. Die Vereinigten Staaten mit der NATO drohen in einen dritten Weltkrieg zu geraten, als Russland auf der anderen Seite eingreift und der französische Präsident seine Friedensmission erfolglos beenden muss. Bundeskanzler Levite fragt sich, ob er, der Jude, »die Deutschen von ihrem erraticem Volkscharakter kurieren könne oder nicht vielmehr von ihrem teutonischen Geist verschlungen werden würde.« Seine Partner sind die Schurken, die ihre Positionen und Überzeugungen von heute auf morgen verändern, wenn ihnen dafür Ämter und Posten angeboten werden. Auch Paul Levite bedient sich skrupellos dieser Mechanismen, einschließlich der Mobilisierung der Massen und medialer Technik.

Am Ende dieser Geschichte folgt als Resümee der Satz: »Sobald ich Bundeskanzler war, habe ich meinen Eid ernst genommen. Ich habe an das geglaubt, was ich gesagt und den Menschen versprochen habe. Das darf man nirgends tun, nicht einmal in der Theologie und unter keinen Umständen in der Politik ... Ich bin weder Prophet, noch lebenslanger Politiker. Mir geht der Glaube an meine Unfehlbarkeit vollständig ab. Ein deutscher Bürger bin ich und ein Jude obendrein. Da muss man meschugge werden.«

Wenn es dem Autor darum geht, uns vor den Gefahren der Rückkehr in die Deutsch-Tümelei des ausgehenden

19. Jahrhunderts und vor dem Wahnsinn des Faschismus zu warnen, dann ist das begründet. Wenn er uns vor den Unwägbarkeiten der türkischen Innenpolitik warnen will und davor, dass die Vereinigten Staaten für ihre Politik auch durchaus egozentrische Motive haben können und davor, dass die NATO keinen ewigen Frieden bedeutet, dann hat er auch dafür gute Gründe. Es stimmt auch, dass die Wirklichkeit der Politik nicht immer mit dem Bild übereinstimmt, das sie von sich verbreiten will. Politiker sind letzten Endes auch nur Menschen, glücklicherweise. Diese schlichten Erkenntnisse sind oft genug geschildert worden, ernsthaft, ausgewogen und zutreffend. Darum lege ich das Buch Seligmanns mit einer gewissen Enttäuschung zur Seite. Für eine reine Persiflage ist es mir zu wenig lustig. Für eine ernsthafte Analyse zu wenig ernsthaft. Aber ich hoffe unverändert, dass Autoren aus aller Herren Ländern, ob deutsch, jüdisch oder was auch immer, also natürlich auch deutsche Juden ihren Witz, ihre Erfahrung, ihre Emotionen und Reflektionen, auch ihre Art der Erzählung – wie man heute sagt, ihre Narrativs – und der Vermittlung ihrer Sorgen und ihrer Erkenntnisse in unsere gemeinsame Geschichte und Gegenwart einbringen wollen und werden. Wir brauchen das.

**Prof. Dr. Dr. hc.  
Burkhard Hirsch**  
DIG Vizepräsident  
von 1989 bis 2000



# Das Geiseldrama von Entebbe und die Befreiung durch die IDF 1976

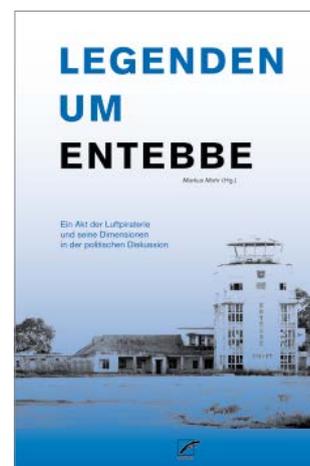
Kontroverse Forschungsdiskussionen 40 Jahre nach dem Ereignis – eigentlich dachte man, alles sei zum Thema gesagt. Doch die Ereignisse von Entebbe fordern auch vier Jahrzehnten danach eine Auseinandersetzung heraus. Der Versuch einer Rekonstruktion der Ereignisse aus einer linken historiographischen Perspektive scheitert grandios, ja, er leistet einen Beitrag zur retrospektiven Reinwaschung der antisemitischen Terroristen. Eine andere Studie, die auch hebräische Quellen einbezieht, liefert ein differenzierteres Bild.

**2016** jährte sich die das Drama um die Entführung in Entebbe zum 40. Mal. Am 27. Juni 1976 kaperte ein palästinensisch-deutsches Terroristenteam den Air-France-Flug von Tel Aviv über Athen nach Paris und entführte ein Flugzeug mit 258 Passagieren und 12 Besatzungsmitgliedern an Bord zum ugandischen Flughafen in Entebbe. Dort setzte es mit Duldung des ugandischen Diktators Idi Amin die Geiseln im alten Flughafenterminal fest. Die deutschen und palästinensischen Terroristen selektierten in den folgenden Tagen die israelisch-jüdischen Passagiere von den übrigen internationalen Fluggästen und behielten diese als Geiseln für den Austausch gegen eine internationale Terroristengruppe zurück. Kernpunkt war die Freipressung palästinensischer Terroristen, die in Israel inhaftiert waren, aber auch deutsche Terroristen sollten freigesetzt werden. Nur durch die kühne Luftlande- und Befreiungsaktion der IDF am 4. Juli 1976 konnten die israelischen und jüdischen Geiseln gerettet werden.

Im Münsteraner Unrast-Verlag ist zum 40. Jubiläum – nicht anders kann es im Sinne der Autorinnen und Autoren genannt werden – der terroristischen Attacke ein Sammelband erschienen, der

die deutschen und palästinensischen Terroristen von dem Makel, klägliche Antisemiten gewesen zu sein, reinwaschen möchte. Die Autoren des Sammelbandes haben sich nicht weniger vorgenommen, als nachzuweisen, dass die vielen Erinnerungsberichte und zeitgenössischen Darstellungen wie die Wahrnehmungen der Selektion im Flughafengebäude von Entebbe nicht mehr waren, als eine Narration – oder wie es postmodern heißt: ein Narrativ. Nun hat die postmoderne Geschichtstheorie mit dem Hinweis, dass sich hinter historiographischen Darstellungen, Zeitzeugenberichten und journalistischen Berichten auch Narrationen verbergen, also Erzählungen, die gewissen Erzählmustern folgen, einen gehörigen Beitrag zur historiographischen Aufklärung geleistet.

Die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes bemühen sich deshalb in einer bibliographisch zunächst einmal beeindruckenden Schlacht, die Vielzahl an Zeugnissen und Berichten zu ordnen und quellenkritisch zu gewichten. Historischer Analyse tut man keinen Gefallen, wenn man sie materialreich nennt. Immerhin dieses Zugeständnis muss man dem Sammelband machen, dass er bibliographisch so einiges an grauer Literatur und an Diskussionen



**Markus Mohr [Hrsg.]**

**Legenden um Entebbe**

Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion  
Unrast Verlag, Münster 2016  
400 Seiten, 19,80 €  
ISBN 978-89771-587-5

in deutschen linken Zirkularen erfasst hat, was sonst verschollen wäre. Bei weitergehenden Studien zur Frage der Rezeption der Entebbe-Entführung wird man trotz allen Widerwillens gegen die apologetischen Tendenzen dieses Bandes wohl nicht um ihn herumkommen. Immerhin analysieren die Autoren zum Beispiel die von ihnen so genannten Instant-Books, also kurz nach den Ereignissen entstandene journalistische Berichte über die Entführung sowie die zwei Hollywood-Spielfilme und den israelischen Spielfilm zum Thema, journalistische Stellungnahmen von deutungsprägenden Journalisten wie Henryk M. Broder, Zeitzeugenstellungen des ehemaligen Mitglieds der Revolutionären Zellen Hans Joachim Klein, die Auseinandersetzung der Roten Zellen mit dem Komplex Anfang der



**Shelley Harten**

**Reenactment eines Traumas:  
Die Entebbe Flugzeugentführung 1976**

Deutsche Terroristen  
in der israelischen Presse  
Tectum Verlag, Marburg 2012  
187 Seiten, 29,90 €  
ISBN 978-3-8288-2853-7

1990er-Jahre und einiges mehr. Jedoch bei allem quellenkritischen Interesse bleiben den Autorinnen und Autoren die verschiedenen Textsortenmuster und die Filmanalyse nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich fremd. Sie gehen an den verschiedenen Gegenständen vorbei, weil sie deren Eigenlogiken und Kontexte nicht berücksichtigen. Gerade was die Verfilmungen der Entebbe-Entführung betrifft, hat der Filmhistoriker Tobias Ebbrecht-Hartmann seine jüngsten Forschungen zur Wirkungsgeschichte der Entebbe-Entführung filmwissenschaftlich in mehreren Aufsätzen versiert dargestellt und die Verknüpfung Entebbes mit der Holocaust-Wahrnehmung aufgezeigt. Ihm zufolge kann man das, was die Autoren des Sammelbandes ein Narrativ nennen, auch als eine Erfahrungsgeschichte rekonstruieren.

Das Problem bei den Studien von Mohr et al. bleibt aber – vor allem, wenn man einen ordentlichen quellenkritischen Blick zugrunde legt – dass sie den Beleg schuldig bleiben, es handele sich bei der antisemitischen Selektion, die im alten Terminal des Flughafens von Entebbe zweifelsfrei stattgefunden hat, lediglich um eine mehr oder minder interessierte Narration. Das liegt schon daran, dass die Autorinnen und Autoren keinen theoretischen Zugang zum Antisemitismus finden, geschweige denn zum linken Antisemitismus.

**Ein Stück Erfahrungsgeschichte**

Sehr gut lesbar, theoretisch versiert und die neueren Debatten um Nationbuilding, kollektives und kommunikatives Gedächtnis, die historische Traumaforschung und die Theorie des Reenactments gut reflektierend, ist dagegen das Buch von Shelley Harten. Sie untersucht die israelische Presserezeption der Entebbe-Entführung und -befreiung. Theoretisch versiert und sprachlich kompetent untersucht sie hebräische und englischsprachige Quellen. Während man im methodischen einleitenden Kapitel die Befürchtung einer sozialkonstruktivistischen Herangehensweise hegt, die das Ereignis und auch die Erlebnisse und die Wahrnehmungen der Akteure hinter dem Diskurs verschwinden lassen könnten, leistet Harten mit ihrem Buch genau das, was die Studien von Mohr und anderen schuldig bleiben bzw. als Narrativ zu entlarven versuchen: sie schreibt eine Geschichte der Deutungen eines realhistorischen Ereignisses, der in der Presse reflektierten Erlebnisse und Zeitzeugnisse und sie bestreitet das Erlebnis der Selektion, das viele Zeitzeugen schilderten, nicht. Im Gegenteil: sie begreift die Deutung als Ergebnis einer komplexen Wahrnehmungsgeschichte,

die mit der deutsch-jüdischen Geschichte und dem israelischen kollektiven und kulturellen Gedächtnis verknüpft sind, das auf den Holocaust reflektiert. In diesem Kontext wird die Selektion von Entebbe als »Reenactment« der traumatischen Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung erfahren. Sie leistet im Unterschied zu der Darstellung Mohrs et al. ein Stück Erfahrungsgeschichte.

Als traurig kann man die im Buch von Mohr et al. ausgebreiteten Befunde deshalb beschreiben, weil sie bei soviel Aufwand einen so geringen Ertrag bringen und schlussendlich trotz allen Fleißes über weite Strecken kontrafaktisch argumentieren und die antisemitische Aktion letztlich legitimieren. Das ist auch deswegen so bedauerlich, weil die Autorinnen und Autoren hinter den erreichten Stand der Forschung und Auseinandersetzung mit linkem Antisemitismus zurückfallen, allerdings nicht ohne noch dem einen oder anderen Historiker, der zu dieser Diskussion nennenswert beigetragen hat, noch das eine oder andere lässliche Fehlzitat nachzuweisen. Eine merkwürdige Pedanterie im Kleinen und ein ausgesprochener Hang zur großzügigen Apologie des deutsch-palästinensischen Antisemitismus im Großen und Ganzen, das ist es, was das Buch kennzeichnet. Abschließend bleibt zu fragen: Was, wenn nicht antisemitisch, ist es, wenn man israelisch-jüdische von den übrigen internationalen Fluggästen trennt. Mordlüstern und kalt kalkulierend. Diese Antwort bleibt das Buch schuldig, während Harten in der Darstellung der israelischen Wahrnehmungsgeschichte genau dies rekonstruiert.

**Dr. Johannes Platz**

# Es gibt keine anti-antisemitische Rechte

Ein Tagungsband zu Antisemitismus, völkischem Nationalismus und Geschlechterbildern bei AfD und FPÖ

**P**aradoxerweise nehmen viele Menschen die antisemitische Motivation des djihadistischen Terrors kaum wahr, obwohl sie doch so offen zutage liegt. Das hat sowohl mit dem unverständenen Antisemitismus breiter Bevölkerungskreise zu tun als auch mit der falschen Vorstellung, Kritik des Islam(ismus) sei rassistisch. Manchmal scheint es, als würden ausgerechnet Rechtspopulisten da eine Ausnahme machen. Manche Israelfreundin wähnt deswegen sogar Verbündete in ihnen. Doch wie verhält es sich wirklich? Was ist von proisraelischen Bekenntnissen einiger AfDler zu halten und gibt es womöglich heute im Unterschied zu früher so etwas wie eine anti-antisemitische Rechte? Gemeinsam untersuchten das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands diese und andere Fragen mit Blick auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Alternative für Deutschland (AfD). Der Tagungsband ist nun erschienen und sei hiermit wärmstens empfohlen.

Die Wahlerfolge beider Parteien, so Herausgeber Stephan Grigat, speisten sich auch aus der Krise des Wohlfahrtsstaates. In der Abstiegsangst, zu den »Abgehängten und Überflüssigen« zu gehören, formiere sich »eine Gemeinschaft von sich permanent übervorteilt Wählenden, die ... ihre Ressentiments gegen ‚das System‘ und ‚das Establishment‘ artikulieren.« Hinter Vorstellungen wie der von einer angeblich »gesteuerten Masseneinwanderung« lauere geradezu die Frage nach den »wahren Drahtziehern«. Typisch antisemitische Denkmuster also, die schon immer von einigen wenigen ungeheuer mächtigen und bössartigen Strippenziehern fantasiert haben. Wenn Björn Höcke, der Führer des offen rechtsextremistischen Flügels der Partei, gegen »zinsbasierten Kapitalismus« und »internationales Finanzkapital« wettet, springen die Parallelen zu NSDAP ins Auge. Samuel Salzborn weist der AfD »ein geradezu besessenes Verhältnis zum Nationalsozialismus« nach, das über »deutsche Opfer« reden wolle, »ohne tatsächlich über den Nationalsozialismus zu sprechen.« Ein Drang, der »geradewegs

auf die Schaffung eines Mythos deutscher Kollektivunschuld zusteuert.« Besonders stark werden, so Marc Grimm und Bodo Kahmann in ihrem Beitrag über AfD und Judenbild antisemitische Inhalte über einen ausgeprägten Antiamerikanismus transportiert. Thematisierten Rechtspopulisten überhaupt Antisemitismus, so ausschließlich im Hinblick auf Linke und Muslime. Eine solche Kritik sei aber »dann instrumentell und nicht Gegenstand ernstzunehmender Reflexionen, wenn sie primär der moralischen Begründung einer migrationsfeindlichen und nationalistischen Politik dient, die die Zuwanderung von Menschen aus islamischen Ländern pauschal verbieten möchte.« Nur folgerichtig wird Israel »die Rolle eines Frontstaats in dem als weltgeschichtlich apostrophierten Kampf des christlich-jüdischen Abendlandes gegen den Islam zugeschrieben.« »Israel ist unsere Zukunft« sagte der nordrhein-westfälische AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell, doch sein ganzer Satz lautete »Israel ist unsere Zukunft in der Form, wie man mit dem Islam umgeht.« Das komplette Zitat macht deutlich, woher der Wind weht: »Der jüdische Staat wird lediglich als Bündnispartner im Abwehrkampf gegen Muslime und den Islam ins Gespräch gebracht, wobei ein verzerrtes Bild von der Stellung der muslimischen Minderheit und dem Umgang mit dem Islam in der israelischen Gesellschaft gezeichnet wird« (Grigat).

Unter den weiteren Beiträgen des Bandes, die hier aus Platzgründen nicht alle behandelt werden können, sticht vor allem Karin Stögner's Analyse zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus am Beispiel der österreichischen FPÖ heraus. Überzeugend legt sie dar, dass die in rechtspopulistischen Kreisen beliebte Vorstellung, hinter der so genannten »Gender-Ideologie« stehe ein großer Plan, der »die Identität des Volkes auflösen« und einen »neuen Menschen« schaffen wolle, frappierend an antisemitischen Stereotype erinnert. Umso wichtiger Franziska Kahs Hinweis im Schlussteil des Bandes, der sich den Perspektiven des Kampfes gegen den Antisemitismus



Stephan Grigat [Hrsg.]

**Afd & Fpö, Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder**

Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden,

2017, 205 Seiten, 28,- €

ISBN 978-3-8487-3805-2

widmet, dass dieser zusammen mit der Gesellschaft auch sein Gesicht verändert. Deshalb blieben auch alle Maßnahmen wirkungslos, »wenn sie nur den NS-Antisemitismus im Blick haben und heutige Formen nicht erkannt werden.«

Ob der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon, der von den »talmudischen Ghetto-Juden« als dem »inneren Feind des christlichen Abendlandes« spricht und die Protokolle der Weissen von Zion für echt hält und selbstverständlich weiterhin Parteimitglied ist (ein »einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik«, so Grimm/Kahmann), ob AfD-Funktionäre Begriffe wie »völkisch« und »Volks-gemeinschaft« als »völlig unproblematisch und sogar äußerst positiv« bezeichnen oder ob sie dem Zentralrat der Juden »die politische Kontrolle über Deutschland« unterstellen – anhand vieler Beispiele weisen die AutorInnen des Tagungsbandes nach, dass in der AfD weit mehr als nur der »normale« und meist hinter antizionistischen Statements versteckte Antisemitismus zuhause ist, den man leider auch in den anderen Parteien antrifft. Sie ist die Partei, in deren Mitglieder- und Anhängerschaft Antisemitismus mit Abstand am meisten und am offensten vertreten wird, sie vergrößert, so Grimm/Kahmann, »den Resonanzraum für Antisemitismus in Deutschland sukzessive.«

Lothar Galow-Bergemann

# Die DIG vor Ort



Augsburg-Schwaben e.V.  
augsburg-schwaben@digev.de

Baden-Baden  
baden-baden@digev.de

Bayreuth-Oberfranken  
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.  
schalom@digberlin.de

Bielefeld  
bieiefeld@digev.de

Bodensee-Region  
bodensee-region@digev.de

Bonn  
bonn@digev.de

Braunschweig  
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.  
schalom@dig-bremen.de

Chemnitz  
chemnitz@digev.de

Cottbus  
cottbus@digev.de

Dresden  
dresden@digev.de

Duisburg-Mühlheim-Oberhausen  
duisburg@digev.de

Düsseldorf  
duesseldorf@digev.de

Erfurt  
erfurt@digev.de

Franken  
franken@digev.de

Frankfurt am Main  
frankfurt@digev.de

Freiburg  
freiburg@digev.de

Hagen-Märkischer Kreis  
hagen@digev.de

Halle-Umland  
halle@digev.de

Hamburg  
hamburg@digev.de

Hannover  
hannover@digev.de

Heidenheim  
heidenheim@digev.de

Heilbronn-Unterland  
heilbronn-unterland@digev.de

Kassel  
kassel@digev.de

Köln  
koeln@digev.de

Leipzig  
leipzig@digev.de

Magdeburg  
magdeburg@digev.de

Mainz  
mainz@digev.de

Mannheim/Rhein-Neckar  
rhein-neckar@digev.de

Memmingen  
memmingen@digev.de

München  
muenchen@digev.de

Münster  
muenster@digev.de

Nordhausen  
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken  
nuernberg@digev.de

Oldenburg  
oldenburg@digev.de

Osnabrück  
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland  
ostfriesland@digev.de

Potsdam  
potsdam@digev.de

Rosenheim  
rosenheim@digev.de

Saar  
saar@digev.de

Schleswig-Holstein  
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin  
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz  
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.  
stuttgart@digev.de

Trier  
trier@digev.de

Ulm / Neu-Ulm  
ulm@digev.de

Weimar  
weimar@digev.de

Westmünsterland  
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden  
wiesbaden@digev.de

Witten  
witten@digev.de

Würzburg  
wuerzburg@digev.de

Junges Forum  
jufo@digev.de

## DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz  
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle  
Littenstraße 105, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 80907028, Fax: 030 / 80907031  
info@digev.de, www.digev.de



## DIE LEITSÄTZE DER DEUTSCH-ISRAELISCHEN GESELLSCHAFT

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

1. Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
2. Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
3. Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
4. Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
5. Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus, Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
6. Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
7. Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
8. Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
9. Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
10. Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
11. Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

